

WILHELM RIBHEGGE

BRAUCHT NORDRHEIN-WESTFALEN EIN
HAUS DER GESCHICHTE?

Sonderdruck aus:

Saskia Handro, Bernd Schönemann (Hgg.), Raum und Sinn.

Die räumliche Dimension der Geschichtskultur

(Geschichtskultur und historisches Lernen Bd. 12),

Berlin u. a., 2014, S. 131-159)

WILHELM RIBHEGGE

BRAUCHT NORDRHEIN-WESTFALEN EIN HAUS DER GESCHICHTE?

Im vergangenen Jahr nahm der Präsident des nordrhein-westfälischen Landtags Eckhard Uhlenberg die Erinnerung an die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen im August 1946 zum Anlass, die Errichtung eines „Hauses der Geschichte“ vorzuschlagen.¹ Dieser Vorschlag wirft Fragen auf: Welche Erinnerungsgeschichte kann ein „Haus der Geschichte“ für Nordrhein-Westfalen leisten? Die vorrangigste Frage aber ist die: Was macht die Geschichte Nordrhein-Westfalens eigentlich aus?

Das Land Nordrhein-Westfalen ging 1946 aus den beiden preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen hervor, die von Preußen im Jahre 1815 geschaffen worden waren, nachdem der Wiener Kongress diese Gebiete dem Königreich Preußen zugeteilt hatte.² Preußen, das seinen Schwerpunkt bis dahin im Osten jenseits der Elbe hatte, erhielt 1815 mit den beiden Provinzen einen neuen Schwerpunkt im Westen Deutschlands. In deren Mitte sollte später im Zuge der Industrialisierung das Ruhrgebiet entstehen.³

Die „lange Dauer“ der Geschichte Nordrhein-Westfalens, die weit über das Gründungsjahr 1946 hinausgeht, wird häufig verdrängt, weil man unter „nordrhein-westfälischer Geschichte“ nur jene Geschichte versteht, die erst mit der Landesgründung 1946 gleichsam als einer Stunde Null beginnt.⁴ Seit einigen Jahren erscheinen aber auch Publikationen zur älteren Geschichte Nordrhein-Westfalens.⁵ Es wird versucht, die nordrhein-westfälische Geschichte gleichsam zu popularisieren.⁶ An die mittel-

1 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.08.2011, Nr. 198, S. 5.

2 Vgl. Wilhelm Ribhegge: „Preußen im Westen“. Großbritannien, die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen 1946 und die Wiedergeburt der Demokratie in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 28/95, S. 34-46.

3 Vgl. Christopher Clark: Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600-1947. München 2007, S. 448f.; Georg Mölich/Veit Veltzke/Bernd Walter (Hrsg.): Rheinland, Westfalen und Preußen. Eine Beziehungsgeschichte. Münster 2011.

4 Vgl. Walter Först: Als das neue Land noch keine Geschichte hatte. Politik und Wissenschaft in der Frühzeit Nordrhein-Westfalens. In: Geschichte im Westen 2 (1987), S. 171-178. Ferner: Peter Hüttenberger: Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie. Siegburg 1973; Walter Först: Kleine Geschichte Nordrhein-Westfalens. Düsseldorf 1986; Christian Reinicke/Horst Romeyk/Ingeborg Schnelling-Reinicke (Hrsg.): Nordrhein-Westfalen. Ein Land in seiner Geschichte. Aspekte und Konturen 1946-1996. Münster 1996; Gerhard Brunn/Jürgen Reulecke: Kleine Geschichte von Nordrhein-Westfalen 1946-1996. Köln/Stuttgart/Berlin 1996; Bernd Haunfelder: Nordrhein-Westfalen – Land und Leute 1946-2006. Ein biographisches Handbuch. Münster 2006.

5 Vgl. Anselm Faust u.a.: Landesgeschichte im Lexikon. Düsseldorf 1993; Jörg Engelbrecht: Landesgeschichte Nordrhein-Westfalen. Stuttgart 1994; Manfred Groten u.a. (Hrsg.): Handbuch der historischen Stätten Deutschlands. Band 3: Nordrhein-Westfalen. 3., völlig neu bearb. Aufl. Stuttgart 2006; Christoph Nonn: Geschichte Nordrhein-Westfalens. München 2009; Jürgen Brautmeier u.a. (Hrsg.): Heimat Nordrhein-Westfalen. Identitäten und Regionalität im Wandel. Essen 2010 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Band 83).

6 Vgl. Uwe Knüpfer: Wir im Westen. Wie wir wurden, was wir sind. Ein historischer Wegweiser nach Nordrhein-Westfalen. Essen 2010; Ewald Frie: „Das Schokoladenproblem“. Die Verfassung von Nordrhein-Westfalen jungen Menschen erzählt. Köln 2009.

alterliche Vergangenheit erinnerte bereits die erste Landesausstellung „Werdendes Abendland an Rhein und Ruhr“ im Jahre 1956 in der Villa Hügel in Essen.⁷

Nun ist es natürlich nicht so, als kümmere sich in NRW niemand um die Landesgeschichte vor der Landesgründung im Jahre 1946. Aber sie wird als „rheinische“ und als „westfälische“ Geschichte bewusst separiert. Das hängt damit zusammen, dass im heutigen NRW die Erinnerungskultur traditionell von den beiden Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe betrieben wurde und wird, die aus den früheren preußischen Provinzialverbänden hervorgingen. In Bonn entstand schon 1820 das Rheinische und in Münster 1908 das Westfälische Landesmuseum.

Die beiden Landschaftsverbände tragen auch die Institute für rheinische bzw. westfälische Regionalgeschichte in Bonn und in Münster. Die „Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde“ und die „Historische Kommission für Westfalen“ bringen Editionen und Publikationen zur jeweiligen Landesgeschichte heraus. In den 1980er Jahren erschienen voluminöse mehrbändige Werke zur „Rheinischen Geschichte“ und zur „Westfälischen Geschichte“.⁸ Es gibt Internet-Portale jeweils zur rheinischen und zur westfälischen Geschichte.

Die überkommene, getrennt betriebene rheinisch-westfälische Geschichtskultur wird seit einiger Zeit vom Ruhrgebiet her aufgebrochen. Hier entstand eine neue regionale Geschichtskultur. Einen Höhepunkt fand diese Entwicklung mit der Inszenierung der „Kulturhauptstadt Europas – Ruhr“ im Jahre 2010. Zu diesem Anlass wurde in der Zeche Zollverein in Essen das Ruhr Museum errichtet, das aus dem „Ruhrlandmuseum“ hervorgegangen ist. Es versteht sich als „Gedächtnis und Schaufenster der Metropole Ruhr“.⁹ Mit der ersten Ausstellung „Gold vor Schwarz“, die den Essener Domschatz präsentierte, schlug das Ruhr Museum einen kühnen Bogen von der modernen Industriekultur zur mittelalterlichen Welt des Ruhrgebiets.¹⁰

Vor dem Hintergrund dieser Bilanz der bestehenden Geschichtskultur in NRW wäre es wenig sinnvoll, wenn dem neuen „Haus der Geschichte“ die Aufgabe zugewiesen würde, nun auch noch die „landesübergreifende“ Gesamtgeschichte Nordrhein-Westfalens gleichsam zu mumifizieren. Das Haus der Geschichte sollte eher

7 Vgl. Victor H. Elbern (Hrsg.): Werdendes Abendland an Rhein und Ruhr. Ausstellung in Villa Hügel, Essen, 18. Mai-15. Sept. 1956 [Katalog]. Essen 1956; Wilhelm Ribhegge: Nordrhein-Westfalen als historische Landschaft. In: Die alte Stadt 16 (1989), S. 476-487 (Nachdruck in: Ders.: Europa – Nation – Region. Perspektiven der Stadt- und Regionalgeschichte. Darmstadt 1991, S. 21-47).

8 Vgl. Franz Petri/Georg Droege (Hrsg.): Rheinische Geschichte in drei Bänden. Düsseldorf 1979-1984; Wilhelm Kohl (Hrsg.): Westfälische Geschichte. In 3 Textbänden und einem Bild- und Dokumentarband. Düsseldorf 1982-1984; Wilhelm Janssen: Kleine rheinische Geschichte. Düsseldorf 1997; Wilhelm Kohl: Kleine Westfälische Geschichte. Düsseldorf 1994.

9 Ulrich Borsdorf/Heinrich Theodor Grütter (Hrsg.): Ruhr Museum. Natur. Kultur. Geschichte. Essen 2010, S. 24.

10 Vgl. Birgitta Falk (Hrsg.): Gold vor Schwarz. Der Essener Domschatz auf Zollverein. Katalog zur Ausstellung im Ruhr Museum, Essen 20. Oktober 2009 bis 11. Januar 2009. Essen 2008. Auf der Suche nach einer neuen historischen Identität des Mittelalters entstand auch die Begleitausstellung zur „Kulturhauptstadt Europas – Ruhr“ unter dem Titel „AufRuhr 1225“ (LWL-Museum für Archäologie Herne [Hrsg.]: AufRuhr 1225 – Ritter, Burgen und Intrigen. Ausstellungskatalog. Mainz 2010). Die „Wiederentdeckung“ des Mittelalters begann mit der Ausstellung „Vergessene Zeiten“ des Ruhrlandmuseums 1990 (Ferdinand Seibt [Hrsg.]: Vergessene Zeiten. Mittelalter im Ruhrgebiet. Katalog zur Ausstellung im Ruhrlandmuseum Essen, 26. September 1990 bis 6. Januar 1991. 2 Bde. Essen 1990).

versuchen, ausgehend von den bestehenden Einrichtungen die Landesgeschichte für neue Perspektiven und Fragestellungen zu öffnen. Dazu würden sich Sonderausstellungen eher anbieten als eine Dauerausstellung.

Es käme dabei darauf an, das Wissen um die Gemeinsamkeiten der Geschichte Rheinlands und Westfalens wieder zu entdecken und zugleich an deren Rolle in der nationalen und europäischen Geschichte zu erinnern. Ein Haus der Geschichte für Nordrhein-Westfalen sollte nicht auf eine naive Identitätsstiftung angelegt sein, sondern ein historisches Problembewusstsein entwickeln, das für kontroverse Fragestellungen offen ist und einen breiten Zugang zur Geschichte des Landes eröffnet, die 1200 Jahre zurückreicht. Die neuen Medien erleichtern einen solchen Ansatz.

Man spricht heute in der Abwehr deutschnationaler Geschichtsbilder von dem „langen Weg nach Westen“, den Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert bis zur Wiedervereinigung gegangen ist.¹¹ Dabei muss man daran erinnern, dass Westfalen und vor allem das Rheinland immer schon eine starke „westliche“ Orientierung hatten, zumal als im 19. Jahrhundert die deutsche Geschichtsschreibung begann, jene deutschnationalen Geschichtsbilder zu entwickeln, die teilweise noch bis heute unser Geschichtsbewusstsein prägen, wie man an der ZDF-Serie „Die Deutschen“ im Jahre 2008 sehen konnte.

In den folgenden Überlegungen wird versucht, die historische Dimension Nordrhein-Westfalens in Erinnerung zu rufen. Dazu wird – gleichsam exemplarisch – die Geschichte der beiden preußischen Westprovinzen Rheinland und Westfalen aufgegriffen, aus denen das heutige NRW hervorging. Aus dieser Perspektive werden die Veränderungen in der politischen Kultur der beiden Provinzen aufgezeigt, vor allem die historische Rolle Rheinlands und Westfalens im demokratischen Preußen der Weimarer Republik, die weitgehend aus dem heutigen Geschichtsbewusstsein verdrängt wurde. Ein Haus der Geschichte sollte das demokratische Preußen in die Erinnerungskultur Nordrhein-Westfalens zurückholen.

DIE GRÜNDUNG DES LANDES NRW UND DIE RUHRFRAGE

Wenn man über die Geschichte Nordrhein-Westfalens spricht, muss man zunächst einmal über die Gründung des Landes durch die Briten im Jahre 1946 reden. Ihr gingen der Zweite Weltkrieg, die deutsche Niederlage und die Besetzung Deutschlands durch die Alliierten voraus. In den britischen Plänen für die Gründung des Landes spielte die Ruhrfrage eine entscheidende Rolle. Die Briten gerieten darüber in Konflikt mit den Vorstellungen der anderen Alliierten. Die Sowjets drängten auf Reparationen, und sie wünschten eine Mitbeteiligung an der politischen Kontrolle des Ruhrgebiets. Die sowjetischen Vorstellungen lösten in London ein starkes Misstrauen gegen Moskau aus. Es war der Beginn des Kalten Krieges

In Paris wiederum bestanden Pläne, einen noch zu schaffenden Ruhrstaat aus Deutschland auszugliedern. Die britische Labour-Regierung lehnte aber jede Einmischung von außen in ihre Besatzungspolitik ab. Im Juni 1946 legte Außenminister Bevin dem britischen Kabinett ein Memorandum vor, das die französischen Pläne

¹¹ Vgl. Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, Bd. 2: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung. München 2000.

einer Abtrennung des Ruhrgebiets verwarf.¹² Man könne, hieß es darin, diese Frage auch nicht ohne Bezug auf das verheerende Ruhrexperiment von 1923 behandeln. Die damaligen Pläne der Franzosen seien ihren heutigen nicht unähnlich. Jenes Experiment habe die Erholung nach dem Ersten Weltkrieg verzögert und die große Inflation ausgelöst, die die junge Republik von Weimar fast erstickt und dazu beigetragen habe, den Weg zum Nationalsozialismus zu pflastern. „Auch wenn wir die Leiden [der Franzosen] nachempfinden, so ist das doch noch kein Grund, die verzerrte Sicht der Dinge, die sich daraus ableitet, zu übernehmen.“¹³

Die Briten sahen in der Gründung des Landes NRW, das das Ruhrgebiet einschloss, die politische Lösung der Ruhrfrage. Die internationale Kontrolle des Ruhrgebiets wurde durch das Ruhrstatut gelöst, das wiederum 1952 durch die Montanunion abgelöst wurde. So stand das Ruhrgebiet, die frühere Waffenschmiede des Reichs, nach dem Krieg am Beginn des Wegs, der zu den europäischen Gemeinschaften führte.

Ein halbes Jahr nach der Gründung NRWs wurde Preußen am 25. Februar 1947 durch das Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrats aufgelöst. In der Präambel des Gesetzes hieß es: „Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört.“¹⁴ Ein künftiges „Haus der Geschichte“ wird aber an der preußischen Vergangenheit Nordrhein-Westfalens nicht vorübergehen können.¹⁵

DIE PREUSSISCHEN WESTPROVINZEN RHEINLAND UND WESTFALEN IM 19. JAHRHUNDERT

Thomas Nipperdey hat auf die historischen Konsequenzen hingewiesen, die die Entscheidung von 1815 hatte, Preußen bis zum Westen Deutschlands auszudehnen. „Die Versetzung Preußens an den Rhein ist eine der fundamentalsten Tatsachen der deutschen Geschichte, eine der Grundlagen der Reichsgründung von 1866/1871. [...] Darüber hinaus wurde Preußen durch den Erwerb der Rheinprovinz zu einer starken Wirtschaftsmacht und gewann dadurch eine eigentümliche Modernität.“¹⁶

Die preußische Vergangenheit des Rheinlands und Westfalens gestaltete sich häufig als Drama. Es begann mit der Übernahme der neuen Westprovinzen durch Preußen im Jahre 1815. Sie waren keine geschichtlich gewachsenen Landschaften,

12 Vgl. Bevins Memorandum vom 13.6.1946. In: Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen. Britische, französische und amerikanische Akten. Eingeleitet und bearbeitet von Rolf Steininger. Düsseldorf 1988, Dokument 188, S. 883-887.

13 „Finally, it is impossible to consider this question without reference to the disastrous Ruhr experiment of 1923, when the French tried to put into operation similar plans to those which they have now put forward and for the same reasons. This experiment retarded the recovery of Europe after the last war, precipitated the great inflationary wave of 1923-25 and stifled the infant Republic of Weimar and so contributed to paving the way for National Socialism. That fact that the French forget this experiment in their present arguments is yet another proof, that, as a result of their experiences at the hands of the Germans, they are unable to view this question in a balanced and objective manner. Because we sympathise with sufferings there is no reason why we should adopt the distorted view which results from them.“ Steininger (Anm. 12), S. 887.

14 Vgl. Clark (Anm. 3), S. 761-773, Zitat ebd.

15 Vgl. Mölich/Veltzke/Walter (Anm. 3).

16 Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800-1866: Bürgerwelt und starker Staat. München 1998, S. 91.

sondern politisch geschaffene Verwaltungsgliederungen. Die linksrheinischen Gebiete waren seit 1794 von französischen Revolutionstruppen besetzt gewesen, und sie hatten von 1801 bis 1813 dem napoleonischen Kaiserreich angehört. Aber auch in dem rechtsrheinischen Gebiet des von 1806 bis 1813 bestehenden und von Frankreich besetzten „Großherzogtums Berg“, das einen großen Teil Westfalens umfasste, waren Errungenschaften der Französischen Revolution eingeführt worden, darunter die Abschaffung der Leibeigenschaft, des Lehnswesens, der Zünfte und der Zunftordnungen sowie die Judenemanzipation und der „Code Napoléon“. ¹⁷ Die Bewohner der rheinisch-westfälischen Gebiete wollten mit der Übernahme durch Preußen nicht wieder in altständische Verhältnisse zurückversetzt werden. ¹⁸

Bereits die Huldigungsfeiern bei der Übernahme der neuen Westprovinzen durch König Friedrich Wilhelm III. wurden im Rheinland und in Westfalen zum Anlass genommen, auf die Einlösung des Verfassungsversprechens zu drängen, das der König im Mai 1815 gegeben hatte und das auch in Artikel 13 der Bundesakte des neugeschaffenen Deutschen Bundes enthalten war. Während aber in den süddeutschen Ländern Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt bis 1820 Landesverfassungen geschaffen und Landtage als Volksvertretungen eingerichtet wurden, hatte Preußen bis 1848 weder eine Landesverfassung noch ein preußisches Parlament. In den Jahren 1817 und 1818 richteten die Städte Trier, Köln, Koblenz, Kleve und Aachen Verfassungsadressen an Friedrich Wilhelm III., der damals die neuen Provinzen besuchte. ¹⁹

Im „Rheinischen Merkur“ hatte Joseph Görres schon 1815 die Verfassungsbewegung unterstützt, aber damit nur erreicht, dass die Zeitschrift von der preußischen Regierung verboten wurde. Görres hatte sich von einem rheinischen Jakobiner zum Gegner Napoleons gewandelt. Er hatte die Befreiung des Rheinlands durch Preußen gefeiert, wandelte sich aber nach der preußischen Übernahme zum Anti-Preußen. Aufgrund der Karlsbader Beschlüsse wurde er 1819 zum „Demagogen“ erklärt und musste in das französische Straßburg fliehen. ²⁰

Seit den 1820er Jahren waren in Preußen Provinziallandtage eingerichtet worden. Sie wurden nur ständisch gewählt und hatten weder ein Steuerbewilligungsrecht noch eine Gesetzgebungskompetenz. Aber in ihnen artikulierte sich bereits die Opposition gegen den bürokratischen Staat. Als Reaktion auf die französische und die belgische Revolution von 1830 begannen sich der rheinische und der westfälische Landtag zu politisieren.

Einige Abgeordnete wurden populär, in Westfalen der Landrat Georg Vincke aus Hagen, der Fabrikbesitzer Friedrich Harkort aus Wetter, der Verleger Johann Hermann Hüffer aus Münster und der liberale Anwalt und Landwirt Franz Anton Bracht aus Recklinghausen. Im Rheinland wurden Ludolf Camphausen und Gustav Mevissen, beide aus Köln, David Hansemann aus Aachen, Hermann von Beckerath aus Krefeld und August von der Heydt aus Elberfeld die führenden Köpfe der liberalen Opposi-

17 Vgl. Gerd Dethlefs/Armin Owzar/Gisela Weiß (Hrsg.): Modell und Wirklichkeit. Politik, Kultur und Gesellschaft im Großherzogtum Berg und im Königreich Westphalen. Paderborn 2008.

18 Vgl. Michael Rowe: From Reich to State. The Rhineland in the Revolutionary Age 1780-1830. Cambridge 2003.

19 Vgl. Wilhelm Ribhegge: Preußen im Westen. Kampf um den Parlamentarismus in Rheinland und Westfalen 1789-1947. Münster 2008, S. 66f.

20 Vgl. Jon Vanden Heuvel: A German Life in the Age of Revolution. Joseph Görres, 1776-1848. Washington 2001.

tionsbewegung. Es war eine neue Generation erfolgreicher, meist protestantischer, liberaler Kaufleute und Bankiers, die sich nach dem Ende der Zünfte, des städtischen Patriziats und der Einführung der Gewerbefreiheit im Rheinland emporgearbeitet hatten.²¹ Der Westen Preußens begann sich zu artikulieren, und man nahm Kontakt zur liberalen Opposition in den Provinzen Ostpreußen und Schlesien auf.

Die katholische Bevölkerung des Rheinlands und Westfalens wurde mobilisiert, als 1837 das preußische Staatsministerium in einer aufsehenerregenden Aktion den Kölner Erzbischof von Droste-Vischering festsetzte, um die Integration des rheinischen Katholizismus in den preußischen Staat zu erzwingen. Görres verfasste die berühmte antipreußische Streitschrift „Athanasius“.²² Sie begünstigte die Entstehung einer katholischen Bewegung in ganz Deutschland, die als „Ultramontanismus“ bekannt wurde und einen starken Rückhalt in Rheinland und Westfalen hatte.²³ Hans Maier hat darin die Anfänge der Christlichen Demokratie gesehen.²⁴

Nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. 1840 begann die preußische Politik, auf die beiden Westprovinzen stärker zuzugehen. Die damalige „Rheinkrise“, die durch französische Forderungen nach einer Rückgewinnung des Rheinlands ausgelöst wurde, hatte den Rhein in den Mittelpunkt der deutschen Öffentlichkeit gerückt.²⁵ Deutsche Sänger und Turner protestierten gegen mögliche französische Übergriffe. Inzwischen war der Rhein durch die seit den 1820er Jahren einsetzende Dampfschiffahrt eine touristische Attraktion geworden. Nikolas Becker verfasste 1840 das Gedicht „Der deutsche Rhein“, und man sang das Lied von Max Schneckenburger „Die Wacht am Rhein“:

Es braust ein Ruf wie Donnerhall,
Wie Schwertgeklirr und Wogenprall:
Zum Rhein, zum Rhein, zum deutschen Rhein,
Wer will des Stromes Hüter sein?
Lieb' Vaterland, magst ruhig sein,
Fest steht und treu die Wacht am Rhein!

21 Vgl. Gregor Berghausen: Die großbürgerlichen Liberalen im Rheinischen Provinziallandtag 1826-1845. Köln 1994.

22 Vgl. Joseph Görres: Athanasius. Regensburg 1838; Jürgen Herres/Bärbel Holtz: Rheinland und Westfalen als preußische Provinz (1814-1888). In: Mölich/Veltzke/Walter (Anm. 3), S. 113-208, hier: S. 145-149 („Das Kölner Ereignis von 1837“).

23 Zu dem Kölner Ereignis, dem „Athanasius“ und der Entstehung des Ultramontanismus vgl. Heuvel (Anm. 20), S. 320-356; Jonathan Sperber: Popular Catholicism in Nineteenth Century Germany. Princeton 1984; Thomas Mergel: Zwischen Klasse und Konfession. Katholisches Bürgertum im Rheinland 1794-1914. Göttingen 1994.

24 Vgl. Hans Maier: Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der Christlichen Demokratie. 5., neubearb. u. erw. Aufl. Freiburg u.a. 1988; Karl Buchheim: Ultramontanismus und Demokratie. Der Weg der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert München 1963; Michael P. Fogarty: Christliche Demokratie in Westeuropa 1820 - 1953. Freiburg 1959.

25 Vgl. Veit Veltzke: Ungleiche Brüder. Westfalen und Rheinländer unter preußischem Szepter 1815-1867. In: Mölich/Veltzke/Walter (Anm. 3), S. 99-133, hier: S. 103f.; Susanne Kiewitz: Poetische Rheinlandschaft. Die Geschichte des Rheins in der Lyrik des 19. Jahrhunderts. Köln 2003; Marc Thuret: La crise du Rhin et le malentendu franco-allemand (1839-1841). In: Gilbert Krebs (Hrsg.): Aspects du Vormärz. Société et politique en Allemagne dans la première moitié du XIXe siècle. Asnières 1984, S. 49-70.

In dieser politischen Lyrik wurde der Rhein zum nationalen Mythos erhoben, mit dem sich antifranzösische Ressentiments verbanden. Die Begeisterung für den Rhein hatte auch Friedrich Wilhelm IV. ergriffen, der im September 1842 den Grundstein für die Fertigstellung des Kölner Doms legte. In seiner Ansprache nannte er den Dombau ein „Werk des Brudersinns aller Deutschen, aller Bekenntnisse“ und ein Zeichen „deutscher Einigkeit“.²⁶ Das Dombaufest wurde im August 1848 wiederholt, als 300 Abgeordnete der Paulskirche zu Schiff von Mainz nach Köln angereist kamen. An dem Fest nahmen auch der kurz zuvor gewählte Reichsverweser Erzherzog Johann und der preußische König teil.²⁷

Die rheinisch-westfälischen Abgeordneten spielten eine führende Rolle in dem „Vereinigten Landtag“, dem sämtliche Provinziallandtage angehörten und der 1847 nach Berlin einberufen wurde, um die Staatskredite zur Finanzierung der „Ostbahn“ von Berlin nach Ostpreußen zu bewilligen. Da sich König Friedrich Wilhelm IV. weigerte, der Errichtung eines Preußenparlaments als ständiger Einrichtung zuzustimmen, lehnten die Abgeordneten die Staatskredite ab. Die preußische Monarchie bekam zum ersten Mal die Macht einer Volkvertretung zu spüren. Zu den großen Debatten des Landtags zählte auch die über die Judenemanzipation. Bereits ein halbes Jahr später, nach der Märzrevolution 1848, berief Friedrich Wilhelm IV. die rheinischen Liberalen Camphausen und Hansemann an die Spitze des preußischen Staatsministeriums.

Die preußische Nationalversammlung 1848 in Berlin, die zur gleichen Zeit wie die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt tagte, trug bereits stärker als der Vereinigte Landtag demokratische Züge. Hier entstand ein eigenes preußisches Landesbewusstsein. Das Parlament beschloss die Abschaffung des königlichen Gottesgnadentums und die des Adels, die Gewährung von Grundrechten und die Verpflichtung der Armee auf die Verfassung. Die preußische Nationalversammlung scheiterte, als im Herbst 1848 die Reaktion in Preußen wieder erstarkte und das Parlament gewaltsam aufgelöst wurde.

Aber der Verfassungsentwurf der „Charte Waldeck“, der nach dem Demokraten und Vorsitzenden des Verfassungsausschusses, dem aus Münster stammenden Benedikt Waldeck benannt wurde, wurde teilweise in die oktroyierte preußische Verfassung übernommen. Preußen war seit 1848 eine konstitutionelle Monarchie und der jährliche Etat und die Gesetze mussten seitdem vom Landtag beschlossen werden. Zwar wurde in Preußen bis 1918 nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt, aber die Wählerschaft der preußischen Westprovinzen war jetzt stärker als zuvor in den Staat integriert.

REICHSGRÜNDUNG 1871

Die Reichsgründung von 1871, die nach dem preußisch-österreichischen Krieg von 1866 und dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 zustande kam, wurde von den

26 Vgl. Eduard Hegel: Geschichte des Erzbistums Köln. Bd. 5: Zwischen der Restauration des 19. Jahrhunderts und der Restauration des 20. Jahrhunderts. 1815-1962. Köln 1987, S. 494-505 („Die Nationale Frage und der Kölner Dombau“), Zitate ebd.; David E. Barclay: Anarchie und guter Wille. Friedrich Wilhelm IV. und die preußische Monarchie. Berlin 1995, S. 85-90 („Die Entstehung einer Kathedrale und einer Monarchie“).

27 Das Hauptschiff und die beiden Türme des Doms wurden erst 1880 fertiggestellt. In unmittelbarer Nähe des Doms wurden 1894 der Hauptbahnhof und 1911 die Hohenzollernbrücke errichtet.

rheinisch-westfälischen Liberalen begrüßt. Aber es gab Vorbehalte im rheinisch-westfälischen Katholizismus. Ketteler, der als westfälischer Geistlicher der Paulskirche angehört hatte und dort der führende katholische Sprecher gewesen war, inzwischen Bischof von Mainz, brachte den deutschen Katholizismus erst nach anfänglichem Widerstreben dazu, die Reichsgründung zu akzeptieren.

Ketteler hatte sein Misstrauen gegen die preußische Politik in der Schrift „Deutschland nach dem Kriege von 1866“ ausgedrückt.²⁸ Er warnte darin vor dem neuen Zeitgeist des „Borussianismus“, der in Deutschland um sich greife:

„Unter Borussianismus verstehen wir nämlich eine fixe Idee über den Beruf Preußens, eine unklare Vorstellung einer Preußen gestellten Weltaufgabe, verbunden mit der Überzeugung, dass dieser Beruf und diese Aufgabe eine absolut notwendige sei, die sich mit derselben Notwendigkeit erfüllen müsse, wie der losgelöste Fels herabrollt, und dass es daher unstatthaft sei, diesem Weltberufe sich im Namen des Rechtes oder der Geschichte entgegenzustellen.“²⁹

Die Anhänger des Borussianismus, registrierte Ketteler, könnten von ganz unterschiedlicher Herkunft sein:

„Ist der Mann dieser Richtung ein begeisterter Diener seines Königs, so denkt er dabei an die Oberherrschaft eines absoluten preußischen Königiums. Ist er Soldat, an einen preußischen Militärstaat mit seinem Kriegsherrn. Ist er Bürokrat, an eine Glorifizierung des preußischen Bureaukratismus. Ist er Prediger, an die Verbreitung des Protestantismus unter Führung des preußischen Königiums. Ist er endlich ein Fortschrittsmann, an den Sieg seiner Partei unter der preußischen Spitze, wo dann die königliche Spitze natürlich nur so lange benutzt werden soll, als sie ein Mittel für die Parteizwecke ist.“³⁰

Dem katholischen Misstrauen gegen den Nationalstaat unter preußischer Führung entsprach auf protestantischer Seite das Misstrauen gegen den Katholizismus und den „Ultramontanismus“.³¹ Das führte zu dem Kulturkampf der 1870er Jahre. Der Führer der neuen katholischen Partei des Zentrums, Ludwig Windthorst, wurde der parlamentarische Gegenspieler Bismarcks im Reichstag und im preußischen Landtag.³²

PARTEIEN UND WAHLEN

Seit der ersten Reichstagswahl 1871 war das katholische Zentrum in beiden preußischen Westprovinzen die stärkste politische Partei – und blieb es bis 1932.³³ In Westfalen holte das Zentrum die Paderborner, sauerländischen und münsterländischen Wahlkreise, während die stärker protestantisch geprägten märkischen und ravenber-

28 Vgl. Wilhelm Emmanuel von Ketteler: Deutschland nach dem Kriege von 1866. Mainz 1867, S. 85.

29 Vgl. ebd., S. 29-39, Zitat ebd.

30 Ebd., S. 31.

31 Vgl. René Rémond: Religion und Gesellschaft in Europa. Von 1789 bis zur Gegenwart. München 2000.

32 Vgl. Margaret L. Anderson: Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks. Düsseldorf 1988.

33 Vgl. Max Schwarz: MdR. Biographische Handbuch der Reichstage. Hannover 1965, S. 188-192, 196-206 u. 820.

gischen Wahlkreise an die linksliberale Fortschrittspartei, die Nationalliberalen und die Konservativen gingen.

Anfangs spielte im Zentrum noch der Adel neben dem Mittelstand eine führende Rolle. Später gewannen die christlichen Gewerkschaften an Bedeutung. Durch den 1890 gegründeten „Volkverein für das katholische Deutschland“ hatte das Zentrum eine Massenbasis in der rheinisch-westfälischen Bevölkerung.³⁴

Im Reichstag von 1871 waren die Nationalliberalen mit 119 von insgesamt 382 Sitzen die stärkste Partei, gefolgt von der Zentrumspartei mit 60, den Konservativen mit 53, der linksliberalen Fortschrittspartei mit 45 und den Freikonservativen mit 29 Sitzen. Aus dem Kulturkampf ging das Zentrum gestärkt hervor. Seit 1881 konnte sich das Zentrum fast durchgängig mit rund 100 Sitzen als stärkste Fraktion im Reichstag behaupten, bis es darin 1912 von der SPD abgelöst wurde. Das Zentrum verstand sich als „Volkspartei“ und als eine Partei der Mitte. Obwohl es eine konfessionelle Minderheiten- und Regionalpartei war, spielte das Zentrum wegen seiner Mittlerstellung eine wichtige politische Rolle im Parteienspektrum sowohl des Kaiserreichs wie auch später in der Weimarer Republik.

Die SPD war anfangs in den rheinisch-westfälischen Wahlkreisen nur schwach vertreten. 1874 gewann sie den Wahlkreis Elberfeld und 1877 den Wahlkreis Solingen, die später die Wahlkreise Eberts und Scheidemanns wurden. 1912 holte die SPD Köln-Stadt und Düsseldorf-Stadt. In Westfalen gewann die SPD seit 1903 regelmäßig den Wahlkreis Dortmund und 1903 und 1907 den Wahlkreis Bochum, wo der Bergarbeiterführer Otto Hue kandidierte. 1907 holte der junge Carl Severing den Bielefelder Wahlkreis für die SPD. Die Hochburgen der SPD lagen allerdings in Hamburg, Berlin und Sachsen.

Bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus begünstigte das Dreiklassenwahlrecht die Konservativen, die bis 1918 die stärkste Partei im Landtag blieben. 1913 gewannen sie 149 der insgesamt 443 Sitze. Das Zentrum wurde mit 103 Sitzen zweitstärkste Partei, gefolgt von den Nationalliberalen mit 72 und den Linksliberalen mit 41 Sitzen. Die SPD war bis 1908 nicht im Abgeordnetenhaus vertreten, als sie erstmals 8 Mandate erzielte. Arbeitervertreter aus dem Rheinland und Westfalen waren meist christliche Gewerkschaftler, die für das Zentrum kandidierten.

Das preußische Dreiklassenwahlrecht ermöglichte es den Liberalen, ihre Mehrheiten in den Rathäusern der meisten größeren rheinischen und westfälischen Städte bis zur Jahrhundertwende, ja teilweise bis zum Ende des Kaiserreichs zu behaupten³⁵ Das städtische Bürgertum mit seinen Klubs und Lesegesellschaften war das Lebenselement der Liberalen. Gelegentlich gingen Nationalliberale, Linksliberale und Zentrum zusammen, um das Vordringen von Sozialdemokraten in die Rathäuser zu verhindern. In vielen Städten des Rheinlands und Westfalens waren die Sozialdemokraten bis 1918 nicht in den Stadträten vertreten.

34 Vgl. Gotthard Klein: Der Volksverein für das katholische Deutschland 1890-1933. Paderborn 1996, S. 38-46; Thomas Mergel: Grenzgänger. Das katholische Bürgertum im Rheinland zwischen bürgerlichen und katholischem Milieu 1870-1914. In: Olaf Blaschke/Frank-Michael Kuhlemann (Hrsg.): Religion im Kaiserreich. Milieus – Mentalitäten – Krisen. Gütersloh 1996, S. 166-192.

35 Vgl. Joseph Hansen: Preußen und Rheinland von 1815 bis 1915. Hundert Jahre politischen Lebens am Rhein. Bonn 1918 (Nachdruck der Ausgabe von 1918 mit Ergänzungen und einen Nachwort. Köln 1990), S. 225f.

DAS RHEINISCH-WESTFÄLISCHE INDUSTRIEGEBIET

Seit der Reichsgründung verlagerte sich der wirtschaftliche Schwerpunkt Preußens zunehmend in dessen Westprovinzen. Hier entstand das rheinisch-westfälische Industriegebiet mit seinen Kohlezechen, Stahlhütten und Fabriken. Der Anteil der rheinisch-westfälischen Bevölkerung an der Preußens betrug 1914 rund 12 Millionen von insgesamt 42 Millionen.³⁶ Die moderne Industriegesellschaft brachte die großen Unternehmen wie Krupp, Thyssen, Haniel und andere hervor, und die Industriearbeiterschaft begann sich in Gewerkschaften zu organisieren. Die beiden Westprovinzen galten als die reichsten Provinzen Preußens.

Mit den großen Bergarbeiterstreiks an der Ruhr im Jahre 1889 trat das Ruhrgebiet erstmals in den Mittelpunkt der deutschen Öffentlichkeit.³⁷ Im Mai waren 70 000 der 100 000 Bergarbeiter im Ausstand.³⁸ Eine Arbeiterdelegation wurde nach Berlin gesandt. Sie traf mit dem jungen Kaiser Wilhelm II. zusammen.

Am 20. Mai nahm Bismarck im Reichstag zu dem Bergarbeiterstreik Stellung. Der 74jährige Kanzler erklärte:

„Wir dürfen uns dem unmöglich aussetzen, daß die kleine Minorität der Bewohner der Kohlenreviere uns jeden Tag in die Lage setzen kann, in die uns etwa die Landwirtschaft setzen könnte, wenn sie uns das Brot abschneiden würde. Die Kohle ist in vielen Provinzen so nothwendig geworden wie das Brot es in allen ist, und es müssen meines Erachtens von Staatswegen Vorkehrungen getroffen werden, dass die Kohle nicht plötzlich in drei Tagen der Menschheit entzogen werden kann, daß nicht jede kleine Wirthschaft am Kochen, jede Waschfrau am Waschen, jede anderweitige Industrie verhindert wird.“³⁹

Auf Bismarck antwortete Bebel als Sprecher der Sozialdemokraten im Reichstag: Die Gereiztheit des Kanzlers hänge wohl mit den jüngsten Ereignissen zusammen, „welche jene Deputation nach Berlin führten“. Gerade der „große Streik in Westfalen“ habe gezeigt, „wie notwendig es sei, dass der Staat sich seiner Pflichten und Aufgaben gegen die Arbeiterklasse mehr bewusst werde, und dass er durch Reformmaßregeln darauf hinwirke, dass nicht die Sündflut, die Revolution über sie hereinbreche und die ganze bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung hinwegschwemme.“⁴⁰

Der Bergarbeiterstreik an der Ruhr des Jahres 1889 bewirkte eine Wende des politischen Klimas im Deutschen Reich. Das seit 1878 bestehende Sozialistengesetz wurde von der Mehrheit des Reichstags nicht mehr verlängert.⁴¹ Bei der Reichstagswahl

36 Vgl. Herres/Holtz (Anm. 22), S. 133.

37 Vgl. Albert Gladen: Die Streiks der Bergarbeiter im Ruhrgebiet in den Jahren 1889, 1905 und 1912. In: Jürgen Reulecke (Hrsg.): Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen. Wuppertal 1974, S. 111-148, hier: S. 127.

38 Vgl. ebd., S. 128.

39 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. VII. Legislaturperiode. IV. Session 1888/89. 3. Band: Von der 55. Sitzung 8. April 1889 bis zur 76. (Schluss-)Sitzung am 24. Mai 1889. Berlin 1889, S. 1834 (18.5.1889).

40 Ebd., S. 1847 (20.5.1889).

41 Vgl. Wilhelm Ribhegge: Schwerindustrie, Gewerkschaften und Politik an der Ruhr. Das Gesetz

im Februar 1890 erzielte die SPD mit 1,4 Millionen Stimmen erstmals den größten Stimmenanteil aller Parteien.

1907 erschien in Paris eine Reportage des bekannten Journalisten Jules Huret über das rheinisch-westfälische Industriegebiet unter dem Titel „En Allemagne. Rhin et Westphalie“.⁴² Es beschrieb die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, den Alltag und die Lebensgewohnheiten.⁴³ Die beiden Provinzen seien die reichsten und bevölkerungsstärksten Deutschlands, aber sie seien zugleich die „Milchkühe“ Preußens.⁴⁴ Einzelne Kapitel befassten sich mit dem Stahlwerksverband, dem Kohlesyndikat, dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Essen und der chemischen Industrie. Huret stellte in der Gesellschaft der beiden Westprovinzen ein „kaltes“ Verhältnis zur Reichsgewalt fest.⁴⁵ Der Kaiser sei hier nicht populär. Huret beobachtete beim Mittelstand eine bemerkenswerte Unkenntnis der eigenen politischen Institutionen: In einer größeren westfälischen Stadt habe er in einer Gesellschaft einen ganzen Abend damit verbracht, die deutsche Reichsverfassung zu erklären, weil sie niemand kannte. Am stärksten verwunderte ihn die ausgeprägte Neigung der Deutschen zur Disziplin in Familie, Schule, Fabrik, Verwaltung und Kaserne.⁴⁶ Überall habe er Verbotsschilder gefunden. Huret beschreibt die Verlobungsfeier eines jungen Kavallerieoffiziers im Schloss Landsberg bei Essen, dem Haus Thyssens, mit 25 Gästen aus der Industrie, und er berichtet von einem Abendessen in einem Klub in Barmen, das mit dem Besuch einer Aufführung der „Lustigen Weiber von Windsor“ im Stadttheater endete.⁴⁷ Stark beeindruckt hatte ihn die 13 Kilometer lange Schwebebahn zwischen Barmen und Elberfeld entlang der Wupper. Huret berichtete über Besuche in Rüstungsfabriken. Dabei sei er auf junge Arbeiterinnen gestoßen, die Schrapnell-Geschosse herstellten. Warum Frauen, fragte er. Sie sind billiger, war die Antwort. Sie verdienen 1 Mark 75 bis 2 Mark 50 am Tag, Männer 5 bis 10 Mark.⁴⁸

ERSTER WELTKRIEG

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs wurden in Rheinland und Westfalen im Zeichen des „Burgfriedens“ politische und konfessionelle Barrieren abgebaut. Am 31. Juli 1914 gab der Rektor der Universität Münster, der Historiker Karl Spannagel, den Studenten auf dem Vorplatz des Paulinums den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung bekannt. Er erklärte: „Ein Volkskrieg ist kein roh gewaltsam Handwerk mehr.

über die Mitbestimmung in der Kohle- und Schwerindustrie von 1951 in der deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. In: Westfälische Zeitschrift 1985, Bd. 135, S. 123-177.

42 Vgl. Jules Huret: *En Allemagne. Rhin et Westphalie*. Paris 1907, 530 S. – Eine deutsche Übersetzung erschien 1910: Jules Huret: *In Deutschland*. 1. Teil: Rheinland und Westfalen. Leipzig o.J. [um 1910], 559 S. Die Pariser Ausgabe von 1912 trug den Titel „Rhin et Westphalie: prospérité, les villes, les ports, usiniers et philanthropes, les grands syndicats patronaux, ouvriers et artistes, la discipline, les mœurs, les étudiants, l'empereur, etc. etc.“

43 Vgl. Jules Huret: *En Allemagne. Rhin et Westphalie*. Paris 1915, S. 93-105 („Le caractère et les mœurs“).

44 Huret, *Rhin et Westphalie*, S. 209, 293.

45 „Les deux provinces restent plutôt en froid avec le pouvoir impérial“ (Ebd., S. 231).

46 Vgl. ebd., S. 187-208 („La discipline“).

47 Vgl. ebd., S. 301.

48 Vgl. ebd., S. 270f.

Er entfesselt die höchsten ethischen Kräfte in der Brust, zumal bei den Gebildeten.⁴⁹ Die Professoren beteiligten sich an den öffentlichen „Kriegsvorträgen der Universität Münster“. Im folgenden Jahr hielt Spannagel im von den Deutschen besetzten Brüssel Gedenkvorträge zur „Bismarck-Jahrhundertfeier“ und zur „fünfhundertjährigen Hohenzollernherrschaft“.⁵⁰ Der Nationalökonom Johann Plenge stellte die „Ideen von 1914“ den „Ideen von 1789“ gegenüber und entdeckte in der deutschen Kriegsgesellschaft die „Volksgemeinschaft“.⁵¹

Ähnlich begeistert wie in Münster, wenn auch weniger akademisch, begrüßte man den Krieg in der 50 Kilometer entfernten Industriestadt Hamm, die von drei Bergbauzechen umgeben war. Bei der Einnahme von Lüttich, Brüssel und Metz im August 1914 wurden Kirchenglocken geläutet und Fahnen gehisst.⁵² Die lokale Tagespresse berichtete über militärische Siege wie über sportliche Ereignisse. Dann kamen der harte Kriegsalltag, die Einführung der Zwangswirtschaft und die täglichen Nachrichten über die Kriegsgefallenen. Im Sommer 1917 wurden in Hamm die Kirchenglocken eingeschmolzen, damit das Metall für Kanonen verwendet werden konnte.

Das Krisenjahr 1917 führte zu den ersten Unruhen im Bergbau. Nach der Verabschiedung der Friedensresolution des Reichstags im Juli 1917 durch die Reichstagsmehrheit von SPD, Zentrum und Linksliberalen spaltete sich auch in Hamm wie im Reich die öffentliche Meinung in Anhänger eines „Verständigungsfriedens“, der von den sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften unterstützt wurde, und in Anhänger eines „Siegfriedens“.⁵³

In den Industriestädten am Niederrhein und an der Ruhr nahmen die innerstädtischen Konflikte und die Opposition gegen den Krieg seit 1917 schärfere Formen an. Das Ruhrgebiet war die Waffenschmiede des Reichs. Die USPD, die die Kriegskredite verweigerte, spaltete sich von der SPD ab und gewann einen starken Zulauf bei der Arbeiterschaft der Rüstungsindustrie. Es war nicht mehr sicher, ob gemäßigte Sozialdemokraten wie Ebert und Scheidemann ihre Wahlkreise in Elberfeld und Solingen nach dem Krieg würden behaupten können.⁵⁴ Die politischen und sozialen Spannungen, die während des Kriegs im Ruhrgebiet entstanden, hatten starke Auswirkungen auf die Nachkriegszeit.

49 Chronik der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster 29 (1915), S. 6; vgl. Wilhelm Ribhegge: Geschichte der Universität Münster. Europa in Westfalen. Münster 1985, S. 145f.

50 Vgl. Karl Spannagel: Zwei Brüsseler Festreden: I. Zur Bismarck-Jahrhundertfeier, II. Zur Gedenkfeier der 500jährigen Hohenzollernherrschaft. Brüssel 1915.

51 Vgl. Johann Plenge: 1789 und 1914: Die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes. Berlin 1916; vgl. Steffen Bruendel: Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg. Berlin 2003; Klaus Schwabe: Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges. Göttingen 1969.

52 Vgl. Wilhelm Ribhegge: Von der Illusion des Krieges zur Desillusion der Niederlage. In: Wilhelm Ribhegge (Hrsg.): Geschichte der Stadt und Region Hamm im 19. und 20. Jahrhundert. Düsseldorf 1991, S. 167-221.

53 Vgl. Wilhelm Ribhegge: Frieden für Europa. Die Politik der deutschen Reichstagsmehrheit 1917/18. Essen 1988, S. 182-193.

54 Vgl. Dieter K. Buse: Parteiagitator und Wahlkreisvertretung. Eine Dokumentation über Friedrich Ebert und seinen Reichstagswahlkreis Elberfeld-Barmen 1910-1918. Bonn-Bad Godesberg 1975 (Archiv für Sozialgeschichte. Beiheft 3).

1918/19

Die Novemberrevolution 1918 bedeutete einen tiefen Einschnitt in der preußischen Geschichte. Am 7. November trafen von Kiel aus aufständische Matrosen mit der Bahn in Köln ein. Am 8. November wählte eine Versammlung auf dem Neumarkt einen Arbeiter- und Soldatenrat. Der Kölner Oberbürgermeister Adenauer stellte dem Rat Büroräume und Arbeitsmittel im Rathaus zur Verfügung.

Von Köln aus verteilte sich die Bewegung der Matrosen mit der Bahn in alle Garnisonsstädte der Provinzen Rheinland und Westfalen. Fast überall kam es zur Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten. In vielen Räten wie beispielsweise in Dortmund, Hamm, Bielefeld, Essen und Duisburg übernahmen SPD-Politiker die Führung, gelegentlich in katholischen Gebieten auch örtliche Zentrumsmitglieder.⁵⁵ In Düsseldorf, Hamborn und Mühlheim lag die Führung der Räte bei der USPD. Die meisten A.-u.-S.-Räte verstanden sich nicht als Avantgarde der Revolution, sondern als lokale Einrichtungen zur Kontrolle der militärischen Gewalt, zur Organisation der Rückführung des Heeres und zur Sicherung der Ordnung in der Übergangszeit.⁵⁶

In Mühlheim/Ruhr radikalisierte sich der Arbeiter- und Soldatenrat. Hier arbeitete die USPD mit der Spartakus-Gruppe zusammen, aus der Anfang 1919 die KPD hervorging. Vorübergehend wurden August und Fritz Thyssen und weitere Industrielle festgenommen, denen separatistische Pläne für eine Rheinisch-Westfälische Republik vorgeworfen wurden.⁵⁷ Mühlheim wurde auch ein Zentrum der politischen Streiks, die im Januar 1919 im Ruhrgebiet begannen.

In Berlin hatte der Rat der Volksbeauftragten unter Ebert (SPD) und Haase (USPD) am 9. November 1918 die Geschäfte der Reichsregierung übernommen. Nach dem gleichen Modell wurde das preußische Staatsministerium durch eine SPD/USPD-Regierung abgelöst. In den übrigen Ländern des Reichs fanden ähnliche Regierungswechsel statt. Die alten Monarchien und deren Regierungen wurden beseitigt, aber die Länder und der deutsche Föderalismus blieben bestehen. Auch Preußen überstand den Sturz der Monarchie. Es umfasste in der Zeit der Weimarer Republik drei Fünftel des Territoriums und der Bevölkerung des Reichs.

Die Volksbeauftragten leiteten den Abschluss des Waffenstillstands ein, der am 11. November von dem Zentrumsmitglied Matthias Erzberger in Compiègne unterzeichnet wurde. Der Erste Weltkrieg war beendet. Das deutsche Kaiserreich und das preußische Königreich hatten sich aufgelöst.

55 Vgl. Johann Adolf Cohausz: Die Novemberrevolution 1918/19 in Paderborn und das katholische Rätedenken. In: *Westfälische Zeitschrift* 126/127 (1976/1977), S. 387-438.

56 Vgl. Reinhard Rürup (Hrsg.): *Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet*. Wuppertal 1975; Werner Abelshauser/Ralf Himmelmann: *Revolution in Rheinland und Westfalen. Quellen zur Wirtschaft, Gesellschaft und Politik 1918-1923*. Essen 1988.

57 Vgl. Irmgard Steinisch: *Linksradikalismus und Rätebewegung im westlichen Ruhrgebiet. Die revolutionären Auseinandersetzungen in Mühlheim an der Ruhr*. In: Rürup (Anm. 56), S. 155-237.

WEIMARER NATIONALVERSAMMLUNG UND PREUSSISCHE LANDESVERSAMMLUNG 1919

Von den 423 Abgeordneten der Weimarer Nationalversammlung, die im Januar 1919 gewählt wurde, stellte die SPD 165 und die linkssozialistische USPD 22. Das Zentrum kam auf 91 Mandate, die linksliberale DDP auf 75, die DVP, die Nachfolgerin der Nationalliberalen, auf 19 und die DNVP, die Nachfolgerin der Konservativen, auf 44 Mandate.⁵⁸ Ebert wurde zum Reichspräsidenten und Scheidemann zum Ministerpräsidenten gewählt. Die demokratischen Parteien von SPD, Zentrum und DDP, die in der Nationalversammlung über eine Dreiviertel-Mehrheit verfügten, schlossen sich zu dem Regierungsbündnis der Weimarer Koalition zusammen. Sie war eine Fortsetzung der Reichstagsmehrheit der Friedensresolution vom Juli 1917. Die Weimarer Verfassung wurde von der Nationalversammlung am 31. Juli 1919 mit den Stimmen der SPD, des Zentrums und der DDP gegen die Stimmen der DVP, der DNVP und der USPD verabschiedet. Deutschland war eine parlamentarische Demokratie geworden.

Die Wahlen zur preußischen Landesversammlung fielen ähnlich aus wie die zur Nationalversammlung. Auch in Preußen kam es zu einer Regierung der Weimarer Koalition. Die Preußenkoalition beendete Spannungen, die im Wahlkampf aufgetreten waren, nachdem Kultusminister Adolph Hoffmann, der der preußischen Übergangsregierung für die USPD angehörte, im November 1918 kirchenkämpferische Parolen ausgegeben hatte, die im rheinisch-westfälischen Katholizismus Misstrauen gegen Berlin auslösten. Mit dem Eintritt des Zentrums in die preußische Regierung klangen auch die separatistischen Tendenzen ab, die im Rheinland in den Wochen der Revolution aufgetreten waren.

Die preußische Landesversammlung beschloss am 30. November 1920 die „Verfassung des Freistaats Preußen“. In der neuen Verfassung setzte sich ein demokratischer Staatsbegriff durch, der bereit in der preußischen Nationalversammlung von 1848 und in der „Charte Waldeck“ angelegt gewesen war. Vorsitzender des neu geschaffenen und von den 13 Provinzialverbänden gewählten preußischen Staatsrats wurde der Kölner Oberbürgermeister des Zentrums Konrad Adenauer.

Bei den Wahlen 1919 hatten Frauen erstmals das aktive und passive Wahlrecht. Gewählt wurde nicht mehr nach dem Mehrheits-, sondern nach dem Verhältniswahlrecht. Das Zentrum kam in der Rheinprovinz auf 48 Prozent und in Westfalen auf 36 Prozent, die SPD auf 25 bzw. 35 Prozent, die USPD auf 5,5 bzw. 4 Prozent, die linksliberale DDP auf 11 bzw. 9 Prozent, die DVP auf 3 Prozent und die DNVP auf 7 bzw. 12 Prozent. Bei späteren Wahlen verlor das Zentrum an Stimmen, es blieb aber die stärkste politische Kraft in Rheinland und Westfalen.

Die regionalen Säulen der preußischen Koalition von SPD, Zentrum und DDP bildeten Berlin,⁵⁹ das Rheinland und Westfalen. Damit drehte sich die politische Bühne Preußens. Nachdem sich bereits im Königreich der wirtschaftliche Schwerpunkt Preußens in den Westen verlagert hatte, führte der Übergang von der Monarchie zur

58 Vgl. Bernhard Vogel/Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze: Wahlen in Deutschland. Berlin/New York 1971, S. 296.

59 Vgl. Henning Köhler: Berlin in der Weimarer Republik (1918-1932). In: Wolfgang Ribbe (Hrsg.): Geschichte Berlins. Bd. 2: Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart. München 1987, S. 797-923.

Republik dazu, dass Preußen auch seinen parteipolitischen Schwerpunkt im Westen fand. Das war ein Bruch mit der ostelbischen preußischen Vergangenheit.

Der Katholizismus sah sich im Reich wie in Preußen zum ersten Mal vom Staat als gleichberechtigt anerkannt. Der Münsteraner Theologe Mausbach hatte in der Nationalversammlung an den Verfassungsartikeln über das Verhältnis von Kirche und Staat mitgearbeitet, die später in das Grundgesetz übernommen wurden.⁶⁰ Der deutsche Protestantismus tat sich schwer, den Umbruch und das Ende des „landesherrlichen Kirchenregiments“ zu verarbeiten. Auf dem evangelischen Kirchentag in Dresden im September 1919 beklagte sich der Berliner Oberkirchenrat Möller:

„In einem Weltkrieg ohne gleichen, nach einem mehr als vierjährigen heldenmütigen Ringen ohne gleichen, gegen eine ganze Welt von Feinden ist unser Volk zusammengebrochen. Die Herrlichkeit des deutschen Kaiserreichs, der Traum unserer Väter, der Stolz jedes Deutschen ist dahin. Mit ihr der hohe Träger der deutschen Macht, der Herrscher und das Herrscherhaus, das wir als Bannerträger deutscher Größe so innig liebten und verehrten.“⁶¹

Die Zusammenarbeit zwischen SPD und Zentrum bildete das Rückgrat der Preußenkoalition, die sich von 1919 bis 1932 weitgehend behaupten konnte, während das Reich in dieser Zeit von zahlreichen Regierungskrisen erschüttert wurde. Die ungleichen Partner der SPD und des Zentrums waren politisch aufeinander angewiesen. Eine Gemeinsamkeit zwischen beiden Parteien bestand in der Distanz zu dem deutschen Kriegsnationalismus. Zentrum und SPD waren stärker als die bürgerlich-nationalen Parteien in europäische Traditionen eingebunden. Im Zentrum hatten nach 1918 die christlichen Gewerkschaften und der linke Flügel um Matthias Erzberger an Gewicht gewonnen.

VERSAILLER VERTRAG

Nach den erregten Debatten in der Nationalversammlung über die Annahme oder Ablehnung des Versailler Vertrags fanden sich im Sommer 1919 schließlich nur SPD, Zentrum und USPD bereit, dem Vertrag (237 gegen 138 Stimmen) zuzustimmen. Sämtliche bürgerlichen Parteien zogen sich aus der Verantwortung für die deutsche Kriegsniederlage zurück und überließen sie der SPD und dem Zentrum, den früheren „Reichsfeinden“. In der Reichsregierung hatte der Zentrumspolitiker Erzberger die Annahme befürwortet, weil sonst Deutschland von den Alliierten besetzt, ein innerdeutscher Bürgerkrieg ausbrechen und Deutschland auseinander gerissen würde.⁶²

Der Geistliche und Kölner Zentrumsabgeordnete Heinrich Brauns, der spätere Reichsarbeitsminister, begründete am 25. Juli die Zustimmung seiner Fraktion zum Friedensvertrag: „Die Zentrumsfraktion hat geglaubt, sich der Verantwortung für die

60 Vgl. Wilhelm Ribhegge: Katholische Kirche, nationaler Staat und Demokratie. Zur Rolle Joseph Mausbachs (1860-1931) in der deutschen Öffentlichkeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. In: Westfälische Zeitschrift 148 (1998), S. 171-198. Durch Art. 140 GG wurden die Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 WRV in das Grundgesetz übernommen.

61 Verhandlungen des Deutschen Evangelischen Kirchentages 1919. Dresden 1.-5.IX.1919. Bd. 1. Berlin Steglitz o. J. [1919], S. 57.

62 Abdruck des Erzberger-Memorandums in Klaus Epstein: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie. Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1976, S. 356-358.

Unterzeichnung des Friedensvertrags nicht entziehen zu können. [...] Nach unserer Überzeugung würde die Ablehnung des uns aufgezwungenen Vertrages sofort neue Kriegszustände in weiten Gebieten unseres deutschen Vaterlandes herbeigeführt haben.“ Die Folge wäre eine Anarchie im Innern gewesen: „Streiks, Lahmlegung des Verkehrs, Lahmlegung des ganzen Wirtschaftslebens“. Es wäre zum Bürgerkrieg gekommen.⁶³

Bereits im Februar 1919 hatte der Ruhrindustrielle und DVP-Abgeordnete Vögler Erzberger als Leiter der deutschen Waffenstillstandskommission in der Nationalversammlung heftig angegriffen und von einem „Frieden des Kirchhofs“ gesprochen.⁶⁴ Erzberger hatte scharf reagiert.⁶⁵ In der Kriegsschuldebatte der Nationalversammlung am 25. Juli 1919 erinnerte Erzberger, inzwischen Reichsfinanzminister, die nationale Rechte daran, dass sie die Friedensresolution des Reichstags von 1917 bekämpft habe.⁶⁶

„Wer hat bei uns den Krieg verloren? [...] Diejenigen, welche den handgreiflichsten Möglichkeiten eines maßvollen und würdigen Friedens immer wieder einen unvernünftigen, trotzig und verbrecherischen Eigensinn entgegenstellten. Sie haben mit ihren Agitationen und Machtmitteln den Krieg verloren, weil Sie den Frieden, wo er dem deutschen Volke noch erträglich schien, leichtsinnig weggeworfen haben. [...] Dadurch, dass wir Ihren Waffenstillstand und Ihren Frieden unterzeichnen mussten, haben wir für Ihre Schuld gebüßt. Diese Schuld werden Sie niemals los, und wenn Sie hundertmal ihre Hände durch ein ‚Nein‘ in Unschuld waschen.“⁶⁷

Die Erinnerung an die historische Rolle Erzbergers ist aus dem Geschichtsbewusstsein der Bundesrepublik weitgehend verdrängt worden, und die große Erzberger-Rede

63 Eduard Heilfron (Hrsg.): Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919. 9 Bde. Berlin 1919-1921; hier: Bd. 7. Berlin o.J. [um 1920], S. 112f. Mausbach, der ein bekannter Redner auf deutschen Katholikentagen war, rechtfertigte rückblickend im September 1930 in einem Vortrag auf dem Münsteraner Katholikentag die Mitarbeit der Katholiken in der Weimarer Nationalversammlung: „Wie es in der katholischen Kirche Unkatholisches gibt, so gibt es auch Katholisches außerhalb der Kirche.“ Kritikern an dieser Haltung aus den eigenen Reihen hielt er entgegen: „Es gab zwar nach dem Zusammenbruch Deutschlands und der Revolution nicht wenig Männer, die dem Grundsatz folgend ‚Alles oder Nichts‘ jede Mitarbeit am politischen Rettungswerk ablehnten; sie wollten zunächst den vollen Bolschewismus hereinbrechen lassen, um dann von neuem aufzubauen. [...] Die deutschen Katholiken haben in ihrer überwältigenden Mehrheit anders gedacht und gehandelt; und sie konnten sich tatsächlich auf die Arbeitsweise und Kirchenpolitik eines Augustinus berufen, wenn sie alles taten, um ihren Idealismus und ihre Grundsatztreue mit praktischer Weisheit und Arbeitstreue zu verbinden. Sie haben auch bei ehrlichen Zeithistorikern die Anerkennung gefunden, dass gerade die deutschen Katholiken es in erster Linie gewesen sind, die die damals positive Aufbauarbeit für Vaterland und Kirche geleistet haben!“ (69. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Münster in Westfalen vom 4.-8. September 1930, Münster [1931]).

64 Vgl. Heilfron (Anm. 63). Bd. 1, S. 320, Zitat ebd.

65 Vgl. ebd., S. 321.

66 Vgl. Heilfron (Anm. 63), Bd. 7, S. 148-156.

67 Ebd., S. 196f. Vgl. dazu auch Wilhelm Ribhegge: Die Geburt der deutschen Demokratie. In: Die Zeit vom 5.10.1990; ders.: Die Weimarer Nationalversammlung 1919 als Ort der Erinnerung. In: Michael Schultheiß/Julia Roßberg (Hrsg.): Weimar und die Republik. Geburtsstunde eines demokratischen Deutschlands. Weimar 2009, S. 39-70.

vom 25. Juli 1919 wird in deutschen Geschichtsbüchern nicht erwähnt. Erst in jüngerer Zeit wurde durch das „Haus der Geschichte“ des Landes Baden-Württemberg und durch die Umbenennung des größten Saals im Gebäude des Bundesfinanzministeriums in Berlin in „Matthias-Erzberger-Saal“ am 26. August 2011 die Erinnerung an Erzberger wieder wachgerufen.⁶⁸

KAPP-PUTSCH

Der Kapp-Putsch im März 1920, durch den Militärs und preußische Beamte die Durchführung des Versailler Vertrag, der im Januar in Kraft getreten war, verhindern wollten, konnte durch den Generalstreik nach wenigen Tagen beendet werden.⁶⁹ Aber er erschütterte das Vertrauen in die Weimarer Demokratie, wie der Ausgang der Reichstagswahlen im Juni 1920 zeigte. Die Parteien der Weimarer Koalition verloren im Reich ihre Mehrheit von 1919, und sie sollten sie bis 1933 nie wieder zurückgewinnen. Die Mitte war geschwächt, und die Parteien des linken und des rechten Flügels wurden gestärkt.

Im Rheinland wurde die SPD, die von 25 auf 14 Prozent fiel, bei dieser Wahl von der USPD überholt, die von 5,5 auf 17 Prozent anstieg. In Westfalen fiel die SPD von 35 auf 20 Prozent, während die USPD von 4 auf 15 Prozent anstieg. Der Kapp-Putsch führte zu einer Radikalisierung der Arbeiterschaft im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Im Ruhrgebiet entstand eine „Rote Armee“, die den Kampf gegen die dort eingesetzten Freikorps aufnahm, in denen sich auch Studenten engagierten. Unter dem Schock des Kapp-Putsches ersetzte die SPD den bisherigen preußischen Ministerpräsidenten Hirsch durch Otto Braun und den bisherigen Innenminister Heine durch den Bielefelder Sozialdemokraten Carl Severing.

Severing vermittelte eine Beendigung der Kämpfe an der Ruhr. Als Innenminister veranlasste er eine Überprüfung des Personals der preußischen Verwaltung. Etwa hundert hohe Beamte wurden entlassen, darunter drei Oberpräsidenten, drei Regierungspräsidenten, zwei Polizeipräsidenten und 88 Landräte, die sich während des Kapp-Putsches als unzuverlässig erwiesen hatten.⁷⁰ Severing leitete die Demokratisierung der preußischen Verwaltung ein, für die er die Unterstützung des Zentrums und der DDP gewann. Die führenden Verwaltungsstellen wurden mit Vertrauensleuten aus den demokratischen Parteien besetzt. So entstand das „System Braun-Severing“, das Preußen in den kommenden Jahren zu einer soliden Stütze der Weimarer Demokratie machen sollte.⁷¹ Es war nicht zuletzt die Personalpolitik, die die ungleichen Partner von SPD und Zentrum in Preußen aneinander band. Das Zentrum profitierte davon vor allem in Rheinland und Westfalen.

68 Vgl. Robert Leicht: Matthias Erzberger: Patriot in der Gefahr (Rede bei der Gedenkveranstaltung im Bundesfinanzministerium). In: Die Zeit vom 24.08.2011.

69 Vgl. Johannes Erger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919-1920. Düsseldorf 1967.

70 Vgl. Wolfgang Runge: Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1932. Stuttgart 1965, S. 121f.; Thomas Alexander: Carl Severing. Sozialdemokrat aus Westfalen mit preußischen Tugenden. Bielefeld 1992, S. 128.

71 Vgl. Hagen Schulze: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie. Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1977, S. 299-309 („System Braun-Severing“); Dietrich Orlow: Weimar Prussia 1918-1925. The Unlikely Rock of Democracy. Pittsburgh 1986, S. 243-254.

Eine entscheidende Rolle für das Funktionieren der schwarz-roten Kooperation in Preußen spielten in der SPD Ernst Heilmann, seit 1924 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, ein Journalist jüdischer Herkunft,⁷² und im Zentrum der Geschäftsführer der Zentrumsfraktion Joseph Heß, der dem linken Flügel seiner Partei angehörte.⁷³ Zu den führenden rheinisch-westfälischen Politikern der DDP zählten Bernhard Falk, ein jüdischer Rechtsanwalt aus Köln, Hermann Höpker-Aschoff, der aus Herford stammte, Richter in Bochum und Hamm gewesen war und später Finanzminister wurde⁷⁴, und Anton Erkelenz, der aus Neuss gebürtig war. Er kam aus der liberalen Gewerkschaftsbewegung und gehörte dem Reichstag an.⁷⁵

Nach den preußischen Landtagswahlen im Februar 1921, bei denen die SPD und die DDP Verluste erlitten und die KPD erstmals die USPD überholte, erwies sich die Regierungsbildung als schwierig. Erst am 5. November wurde Braun mit 197 von 339 Stimmen wieder zum Ministerpräsidenten gewählt.⁷⁶ Braun und Severing setzten die Erweiterung der bisherigen Koalition aus SPD, Zentrum und DDP zu einer Großen Koalition unter Beteiligung der industrienahen DVP gegen starke Widerstände in der SPD durch. Dem Kabinett gehörte für die DVP der Soester Gymnasialdirektor Otto Boelitz als Kultusminister an.

RUHRKAMPF 1923

Ihre Bewährungsprobe bestand die Preußenkoalition im Ruhrkampf 1923. Französische und belgische Truppen besetzten im Januar das Ruhrgebiet, das als „Faustpfand“ dienen sollte, um die Reparationsleistungen nach dem Versailler Vertrag sicherzustellen, bei denen Deutschland in Verzug geraten war.⁷⁷ Die Reichsregierung rief zum passiven Widerstand auf. Wie nie zuvor geriet das Ruhrgebiet in das Zentrum der deutschen und europäischen Öffentlichkeit.⁷⁸

72 Vgl. Horst Möller: Ernst Heilmann. Ein Sozialdemokrat in der Weimarer Republik. In: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 11 (1982), S. 261-294; Peter Lösche: Ernst Heilmann. Parlamentarischer Führer und Reformsozialist (1881-1940). In: Ders./Michael Scholing/Franz Walter: Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten. Berlin 1988, S. 99-120.

73 Vgl. Eric D. Kohler: The Successful German Center-Left: Joseph Hess and the Prussian Center Party 1908-32. In: Central European History 23 (1990), S. 313-348; Herbert Hömig: Joseph Hess. In: Rudolf Morsey/Jürgen Aretz/Anton Rauscher (Hrsg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Bd. 3. O.O. [Mainz] 1979, S. 162ff.; Herbert Hömig: Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik. Mainz 1979 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B. Forschungen, Bd. 28), S. 117-121 („Heß' Option für die Sozialdemokratie“).

74 1951 wurde Höpker-Aschoff der erste Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

75 Vgl. Axel Kellmann: Anton Erkelenz. Ein Sozialliberaler im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Berlin u.a. 2007; Anton Erkelenz (Hrsg.): Zehn Jahre Deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik. Berlin 1928.

76 Vgl. Schulze, (Anm. 71), S. 346-350; Orlow (Anm. 71), S. 83-87.

77 Vgl. Jacques Bariéty: Die französische Politik in der Ruhrkrise. In: Klaus Schwabe (Hrsg.): Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg. Paderborn 1985, S. 11-27; René Rémond: Frankreich im 20. Jahrhundert. Erster Teil: 1918-1958. Stuttgart 1994, S. 94f.

78 Vgl. Orlow (Anm. 71), S. 188-205; Conan Fischer: The Ruhr Crisis 1923-1924. Oxford u.a. 2003; Barbara Müller: Passiver Widerstand im Ruhrkampf. Eine Fallstudie zur gewaltlosen zwischenstaatlichen Konfliktaustragung und ihren Erfolgsbedingungen. Münster 1995.

Das Pathos des nationalen Widerstands begünstigte die Entstehung eines politischen Extremismus. Die KPD rief zum „Klassenkampf gegen den Krieg“ auf.⁷⁹ Angehörige von Freikorps und Wehrverbänden verübten Sabotageakte gegen die französischen Besatzer. Man verstand Gewalt als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung. Im Sommer 1923 musste der passive Widerstand abgebrochen werden.

Während es in Preußen, dem eigentlichen Zentrum des Ruhrkampfes, der Staatsregierung gelang, die politische Stabilität zu behaupten, löste der Abbruch des passiven Widerstands politische Zerreißproben in den Ländern Sachsen, Thüringen und Bayern aus. In München kam es am 9. November zu dem gescheiterten „Hitlerputsch“. Nach dem Abbruch des Ruhrkampfes beruhigte sich die Lage gegen Ende des Jahres. Aber der Mythos des „Ruhrkampfes“ hallte nach. Es kam zur Errichtung von Schlageter-Denkmalern, die an den von den Franzosen hingerichteten Freikorpskämpfer erinnerten.⁸⁰

Auf der europäischen Ebene führte der Ausgang des Ruhrkampfes zur politischen Besinnung. Im August 1924 reisten Reichskanzler Wilhelm Marx und Außenminister Gustav Stresemann mit einer deutschen Delegation nach London, um Verhandlungen über die Regelung der Reparationsfrage aufzunehmen. Sie führten zum Abschluss des Dawes-Abkommens. Der rheinische Zentrumspolitiker Marx hatte die Verständigungspolitik der Friedensresolution von 1917 unterstützt und sich wie Erzberger für die Annahme des Versailler Vertrags ausgesprochen. Marx war kein rhetorischer Star, galt aber als ausgleichend, vermittelnd und offen im Umgang.⁸¹

In London konnten die Deutschen erstmals wieder mit den früheren Kriegsgegnern gleichberechtigt verhandeln. Es gelang Marx, ein Vertrauensverhältnis zu dem britischen Labour-Premier MacDonald und dem französischen Ministerpräsidenten Herriot zu schaffen. Nach Deutschland zurückgekehrt, brachte Marx das Dawes-Abkommen im Reichstag bei äußerst schwierigen Mehrheitsverhältnissen mit der in diesem Fall erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit durch. Mit dem Dawes-Abkommen begann eine europäische Verständigungspolitik, die im folgenden Jahr mit dem Locarno-Vertrag fortgesetzt wurde. Sie wurde von Preußen unterstützt.

Die Entspannung verband sich mit einem erstarkten Selbstbewusstsein des preußischen Westens. Das zeigte sich in der Jahrtausendfeier des Rheinlands im Jahre 1925. Die Ausstellung in den Köln-Deutzer Messehallen präsentierte in 15 Abteilungen ein breites Panorama der Geschichte der Kultur, Gesellschaft und Staatlichkeit des Rheinlands. Eine eigene jüdische Abteilung befasste sich mit dem Thema „Das Judentum und die Synagoge“.⁸² Die Jahrtausendfeier ersetzte die „Jahrhundertfeier“ der Übernahme des Rheinlands durch Preußen, die ursprünglich für 1915 vorgesehen

79 Vgl. Ribhegge (Anm. 19), S. 355, Zitat ebd.

80 Vgl. Elisabeth Hillesheim: Die Erschaffung eines Märtyrers. Das Bild Albert Leo Schlageters in der deutschen Literatur von 1923 bis 1945. Frankfurt a.M. u.a. 1994.

81 Vgl. Ulrich von Hehl: Wilhelm Marx 1863–1946. Eine politische Biographie. Mainz 1987.

82 Vgl. Tobias Arand: Die jüdische Abteilung der Kölner „Jahrtausend-Ausstellung der Rheinlande“ 1925. Planung, Struktur und öffentlich-zeitgenössische Wahrnehmung. In: Monika Grübel (Hrsg.): Jüdisches Leben im Rheinland. Köln u.a. 2005, S. 194-213.

gewesen war, aber wegen des Krieges ausfallen musste.⁸³ Anstelle Preußens entdeckte man jetzt wieder das „Alte Reich“ und dessen „tausendjährige“ Geschichte.⁸⁴

OST-WEST-GEGENSATZ: HINDENBURG

Paul Johnson hat von einem „Ost-West-Gegensatz“ in der deutschen Politik des 20. Jahrhunderts gesprochen. Die „Ostler“, die die deutsche Politik bis zum Ende des Ersten Weltkriegs beherrschten, hätten den Liberalismus und den „Materialismus“ der westlichen „Zivilisation“ als „undeutsch“ verachtet und ihnen die wahren Werte einer „deutschen“ Kultur gegenübergestellt, wie dies auch in den Kriegsschriften deutscher Professoren zum Ausdruck gekommen sei. Mit der Kriegsniederlage 1918 aber habe sich das Blatt zugunsten der „Westler“ gewendet, die für die parlamentarische Demokratie und den Liberalismus Westeuropas standen. Sie galten den „Ostlern“ als nationale Verräter und als Erfüllungspolitikern, die Versailles hingenommen hätten.⁸⁵

Mit der Wahl Hindenburg zum Reichspräsidenten am 26. April 1925 schien das Pendel erneut umzuschlagen. Hindenburg habe – nach Johnson – den nationalen Idealen der deutschen „Ostler“ par excellence entsprochen.⁸⁶ Der nationalen Rechten war es gelungen, den 77jährigen Hindenburg für den zweiten Wahlgang als Kandidaten zu gewinnen. Die demokratischen Parteien der Weimarer Koalition, SPD, Zentrum und DDP, einigten sich auf den 62jährigen Zentrumspolitiker Wilhelm Marx als gemeinsamen Kandidaten. So standen sich bei der Wahl der katholische Rheinländer und frühere Reichskanzler Marx und der lutherische Generalfeldmarschall des Ersten Weltkriegs Hindenburg gegenüber. Hindenburg gewann die Wahl mit 14,6 Millionen Stimmen (48,5 %). Marx verlor knapp mit 13,7 Millionen (44,2 %). Auf den Kandidaten der KPD Thälmann entfielen 1,9 Millionen (6,3 %).⁸⁷

Während Hindenburg im Reich die Präsidentschaftswahl für sich entschied, stimmte in Preußen die Mehrheit der Wähler für Marx. In allen sechs Wahlkreisen der beiden preußischen Westprovinzen Rheinland und Westfalen lag Marx am 26. April weit vor Hindenburg. Außer in dem Wahlkreis Düsseldorf Ost gewann Marx in den übrigen rheinisch-westfälischen Wahlkreisen jeweils zwischen 50 und 70 Prozent. In der Stadt Münster gewann Marx von den 54 128 Wählerinnen und Wählern 71 Prozent, während für Hindenburg nur 29 Prozent stimmten.⁸⁸ In Berlin, wo der Katholik Marx dank der sozialdemokratischen Wähler 55,3 Prozent gewann, kam Hindenburg nur auf 32,5 Prozent.⁸⁹

83 Vgl. Joseph Hansen: Preußen und Rheinland von 1815 bis 1915. Hundert Jahre politischen Lebens am Rhein. Bonn 1918 (Nachdruck der Ausgabe von 1918 mit Ergänzungen und einen Nachwort: Köln 1990).

84 Tausend Jahre deutscher Geschichte und deutscher Kultur am Rhein. Im Auftrag des Provinzialausschusses der Rheinprovinz bearbeitet von Max Braubach, Paul Clemen, Wilhelm Poethen, Aloys Schulte, Franz Steinbach und Alexander Wirminghaus, hrsg. von Aloys Schulte. Düsseldorf 1925, 554 S.

85 Vgl. Paul Johnson: A History of the Modern World. From 1917 to the 1980s. London 1983, S. 111f.

86 Vgl. ebd.; vgl. Fritz Stern: Kulturpessimismus als politische Gefahr. Bern/Stuttgart/Wien 1963.

87 Vgl. Vogel/Nohlen/Schultze (Anm. 58), S. 302.

88 Vgl. http://www.gonschior.de/weimar/php/ausgabe_gebiet.php?gebiet=1451.

89 Hindenburg gewann im 2. Wahlgang Mehrheiten in den folgenden preußischen Wahlkreisen: Ostpreußen (66,9 Prozent), Potsdam I (49,2), Frankfurt/O. (61,5), Pommern (71,1), Liegnitz

Hindenburg war im Weltkrieg als „Sieger von Tannenberg“ und später als Chef der OHL zum Mythos geworden, der an Popularität sogar Kaiser Wilhelm II. verdrängte. Seine Lebenserinnerungen von 1920 wurden zu Weihnachten und zu Geburtstagen verschenkt und erzielten eine hohe Auflage. Die historische Rolle Hindenburgs ist in drei neueren Studien von Hoegen, Pyta und von der Goltz kritisch untersucht worden.⁹⁰

Durch Hindenburgs Wahl zum Reichspräsidenten erhielt sein Mythos eine quasi demokratisch legitimierte, überparteiliche und staatspolitische Komponente. Das zeigte sich bei Hindenburgs 80. Geburtstag am 2. Oktober 1927, als es im ganzen Reich zu zahlreichen Huldigungen kam. Zu diesem Anlass erhielt der neue Damm, der die Insel Sylt mit dem Festland verband, den Namen „Hindenburg-Damm“, und sogar in Münster wurde der größte Platz der Stadt in „Hindenburg-Platz“ umbenannt.⁹¹ Hindenburg nutzte seine Popularität, um ein nationalistisches Geschichtsbild zu verbreiten. Zwei Wochen vor der Geburtstagsfeier, am 18. September 1927, hatte er in einer Rede zur Einweihung des Tannenberg-Denkmal in Hohenstein in Ostpreußen eine deutsche Schuld am Ersten Weltkrieg verworfen:

„Die Anklage, dass Deutschland schuld sei, an diesem größten aller Kriege, weisen wir, weist das deutsche Volk in allen seinen Schichten einmütig zurück! Nicht Neid, Hass oder Eroberungslust gaben uns die Waffen in die Hand. Der Krieg war uns vielmehr das äußerste Mittel der Selbstbehauptung einer Welt von Feinden gegenüber.“⁹²

Im Gedenken an die Toten des Krieges machte sich Hindenburg in der Tannenberg-Rede den Mythos der „Volksgemeinschaft“ zu eigen:

„In den zahllosen Gräbern, welche Zeichen deutschen Heldentums sind, ruhen ohne Unterschied Männer aller Parteifärbungen. Sie waren damals einig in der Liebe und in der Treue zum gemeinsamen Vaterlande. Darum möge an diesem Erinnerungsmale stets innerer Hader zerschellen; es sei eine Stätte, an der sich alle die Hand reichen, welche die Liebe zum Vaterlande beseelt und denen die deutsche Ehre über alles geht!“⁹³

(50,1), Magdeburg (52,2), Merseburg (57,4), Schleswig-Holstein (59,8), Ostthannover (64,0), Südhannover-Braunschweig (50,9). Vgl. Jürgen Falter/Thomas Lindenberger/Siegrid Schumann: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933. München 1986, S. 77; Karl Holl: Konfessionalität, Konfessionalismus und demokratische Republik – zu einigen Aspekten der Reichspräsidentenwahl von 1925. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 17 (1969), S. 254-275.

90 Vgl. Jesko von Hoegen: Der Held von Tannenberg. Genese und Funktion des Hindenburg-Mythos (1914-1934). Köln u.a. 2007; Wolfram Pyta: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler. München 2007; Anna von der Goltz: Hindenburg. Power, Myth, and the Rise of the Nazis. Oxford 2009.

91 Vgl. Helmut Lahrkamp: Münsters Ehrenbürger. Eine Dokumentation nach städtischen Akten. In: Ders. (Hrsg.): Beiträge zur neueren Stadtgeschichte. Münster 1987, S. 183-278; hier: S. 247-251 („Paul von Hindenburg“).

92 Herbert Michaelis/Ernst Schraepfer/Günter Scheel (Hrsg.): Ursachen und Folgen. Vom Deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Bd. 7: Die Weimarer Republik. Berlin 1962, S. 38f.

93 Ebd.

Die Tannenberg-Rede war anti-europäisch angelegt, und sie provozierte sofort Proteste im Ausland, vor allem in Frankreich und in Belgien. Auch wenn jene Vorgänge der Hindenburg-Huldigungen des Jahres 1927 inzwischen bereits 85 Jahre zurückliegen, so haben sie noch Rückwirkungen bis in die Gegenwart. Das zeigte sich an der heftigen Diskussion in der Stadt Münster der Jahre 2011/2012 über die Umbenennung des Hindenburgplatzes.⁹⁴ In einem politischen Symbolakt hatte der Magistrat am 3. Oktober 1927, einen Tag nach der Geburtstagsfeier, die man mit einer Festrede des Oberbürgermeisters Sperlich in der Halle Münsterland begangen hatte,⁹⁵ den größten Platz der Stadt, den „Neuplatz“, in „Hindenburgplatz“ umbenannt. Die Stadtverordnetenversammlung war damals von dem Beschluss nur in Kenntnis gesetzt, aber mit der Umbenennung selbst nicht befasst worden.⁹⁶ Vor diesem Hintergrund kam es 2011/2012 in Münster zu einer heftigen innerstädtischen Debatte über die Umbenennung des Hindenburgplatzes. Sie warf die Frage nach der historischen Identität der Stadt auf, die heute ein europäisches Bewusstsein pflegt und sich als Stadt des Westfälischen Friedens versteht. War Hindenburg, dessen Name mit dem Untergang der Weimarer Demokratie und der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 verbunden ist, für ein demokratisches Geschichtsbewusstsein noch tragbar? Am 21. März 2012 beschloss der Rat der Stadt mit 53 gegen 23 Stimmen die Umbenennung des „Hindenburgplatzes“ in „Schlossplatz“. Gegen den Ratsbeschluss wandte sich ein Bürgerbegehren. Es führte zu einem Bürgerentscheid am 16. September, der den Ratsbeschluss bestätigte. 41 Prozent der Abstimmungsberechtigten sprachen sich für den bisherigen Namen „Hindenburgplatz“ aus, 59 Prozent für den neuen Namen „Schlossplatz“. Eine solche Debatte und eine solche Abstimmung über die historische Identität einer Stadt hatte es bisher in Deutschland noch nicht gegeben.

WÄHLERVERSchieBUNGEN IN RHEINLAND UND WESTFALEN IN DEN 1920ER JAHREN

In Rheinland und Westfalen kam es in den 1920er Jahren zu starken Verschiebungen bei der industriellen Wählerschaft. Bei den Reichstagswahlen im Mai 1924, den ersten Wahlen nach der Ruhrbesetzung, überholte die KPD die SPD in den beiden Ruhrgebietswahlkreisen Westfalen-Süd, der Dortmund, Bochum und Herne einschloss, und dem Wahlkreis Düsseldorf-Ost, der Düsseldorf, Essen, Elberfeld, Remscheid und Solingen einschloss.⁹⁷ In der Zeit der Wirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre wurden Teile des rheinisch-westfälischen Industriegebiets Hochburgen der KPD.⁹⁸

94 Vgl. die Internetseite der Stadt Münster: <http://www.muenster.de/stadt/strassennamen/hindenburg.html> (8.3.2012).

95 „Münster ehrt Hindenburg. Die Kundgebung der 5000 in der Halle Münsterland“ (Münstersche Zeitung vom 3.10.1927).

96 Vgl. Schreiben des Magistrats vom 5.10.1927 an den Stadtverordnetenvorsteher Humperdinck (Stadtarchiv Münster, Stadtregistratur). Gleichzeitig mit der Umbenennung des „Neuplatzes“ in „Hindenburgplatz“ war der kleine „Hansaplatz“ zur Erinnerung an den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert in „Friedrich-Ebert-Platz“ umbenannt worden.

97 Vgl. Martin Martiny: Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr vom Scheitern der Räte- und Sozialisierungsbewegung bis zum Ende der letzten parlamentarischen Regierung der Weimarer Republik (1920-1930). In: Reulecke (Anm. 37), S. 241-273; hier: S. 256f.

98 Bei den Reichstagswahlen im November 1932 gewann die KPD in der Rheinprovinz 19 Prozent der Stimmen und 13 Mandate, die SPD dagegen nur 12 Prozent und 6 Mandate. In der Provinz

Nach den preußischen Landtagswahlen im Dezember 1924 endete die Große Koalition in Preußen. Die Weimarer Koalition konnte sich aber unter Otto Braun als Minderheitsregierung behaupten, da die Opposition keine Regierungsmehrheit zustande bringen konnte. Bemühungen der Deutschnationalen, in Preußen eine Koalition mit dem Zentrum herbeizuführen, scheiterten. Nach den Landtagswahlen 1928 konnte die Weimarer Koalition in Preußen die Regierung unter Braun mit der wiedergewonnenen absoluten Mehrheit fortsetzen.

In der Mitte der 1920er Jahre war der rasante Anstieg der Bevölkerung in den beiden preußischen Westprovinzen von 4,3 Millionen im Jahre 1849 auf 12,06 Millionen im Jahre 1925 beendet.⁹⁹ Die Stadtentwicklung des Ruhrgebiets war bis zum Ersten Weltkrieg vergleichsweise anarchisch verlaufen. Die preußische Landesversammlung beschloss 1920 die Schaffung des Ruhrsiedlungsverbands, aus dem der heutige „Regionalverband Ruhr“ hervorging.

Im Juli 1929 verabschiedete der preußische Landtag das „Gesetz über die kommunale Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes“, das eine Reihe von Gemeinden und Kreisen zusammenlegte und neue Großstädte schuf.¹⁰⁰ Die kreisfreien Städte Dortmund, Essen, Düsseldorf, Solingen und Oberhausen wurden erheblich vergrößert, die Städte Elberfeld und Barmen zu dem Stadtkreis Wuppertal vereinigt und die Städte Mönchengladbach und Rheydt sowie Duisburg und Hamborn zusammengeschlossen. 15 kleinere Landkreise wurden aufgelöst und fünf neue große Landkreise geschaffen. Man wollte leistungsfähige Großstädte und Gemeinden bilden, aber, wie der Innenminister Grzesinski vor dem Landtag erklärte, die Schaffung von „Riesenstädten“ vermeiden.¹⁰¹ Die oppositionelle KPD hatte dagegen gefordert, das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet „zu einer großen kommunalen Einheit“ zusammenzuschließen oder zumindest nur „6 oder 7 große Städte“ zu schaffen.¹⁰² Die Neugliederung war die größte Gebietsreform Preußens seit der Gründung der beiden Westprovinzen 1815/16.

DAS PREUSSENKONKORDAT 1929

Eine wichtige Rolle für den Zusammenhalt der Weimarer Koalition in Preußen spielte die Verabschiedung des Preußenkonkordats durch den Landtag im Juli 1929.¹⁰³ Das Konkordat war von dem päpstlichen Nuntius Eugenio Pacelli und dem preußischen Kultusminister Becker ausgehandelt¹⁰⁴ und von Pacelli und Ministerpräsident Otto

Westfalen erhielt die KPD 20 Prozent und 9 Mandate, die SPD 16 Prozent und 7 Mandate. Bei diesen letzten freien Wahlen der Weimarer Republik lag aber der gesamte Anteil an Stimmen und Mandaten von SPD und KPD an Rhein und Ruhr immer noch über dem der NSDAP.

99 Vgl. Peter Marschalck: Bevölkerung. In: Faust (Anm. 5), S. 45-56; hier: S. 46.

100 Vgl. Sitzungsberichte des Preußischen Landtags (10.7.1929), Sp. 8211-8228.

101 Vgl. Sitzungsberichte des Preußischen Landtags (26.4.1929), Sp. 6739.

102 So der KPD-Abgeordnete Gustav Sobottka aus Wanne (Sitzungsberichte des Preußischen Landtags [26.4.1929], Sp. 6755).

103 Vgl. Ellen Lovel Evans: The German Center Party 1870-1933. A Study in Political Catholicism. Carbondale/Edwardsville 1981, S. 352ff.

104 Vgl. Dieter Golombek: Die politische Vorgeschichte des Preußenkonkordats (1929). Mainz 1970; Schulze (Anm. 71), S. 553ff.; Herbert Hömig: Das Preußische Zentrum in der Weimarer Republik. Mainz 1979, S. 184-204; hier: S.189.

Braun am 14. Juni 1929 unterzeichnet worden.¹⁰⁵ Der Sozialdemokrat und Dissident Braun setzte sich entschieden für das Konkordat ein.

Artikel 1 des Konkordats setzte fest: „Der Freiheit des Bekenntnisses und der Ausübung der katholischen Religion wird der Preußische Staat den gesetzlichen Schutz gewähren.“ Im Einzelnen regelte das Konkordat den Zuschnitt der katholischen Bistümer in Preußen. Es setzte die Dotationen Preußens an die Bistümer auf 2,8 Millionen Reichsmark fest und gewährleistete das Eigentumsrecht der katholischen Kirche an ihren Einrichtungen. Das Konkordat garantierte den Weiterbestand der katholisch-theologischen Fakultäten an den Universitäten Breslau, Bonn und Münster. Es regelte die Bischofswahl und die Zusammensetzung der Domkapitel. Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Vertrags sollten „auf freundschaftliche Weise“ beseitigt werden. Regelungen über die Schule wurden nicht in das Konkordat aufgenommen.

Äußerlich konnten die Bestimmungen des Konkordats als vergleichsweise harmlos angesehen werden. Seine politisch-moralische Bedeutung aber war nicht zu unterschätzen. Der demokratische preußische Staat und die katholische Kirche hatten ihre Beziehungen zueinander einvernehmlich und „freundschaftlich“ geregelt.¹⁰⁶

Proteste gegen das Konkordat kamen von protestantischer Seite, die im preußischen Landtag von der DNVP und der DVP vorgetragen wurden. Widerstand gab es auch innerhalb der Regierungspartei der SPD. Auf dem Parteitag der SPD, der im Mai 1929 in Magdeburg tagte, waren allein acht Anträge gegen das Preußenkonkordat eingebracht worden. Der Kölner Reichstagsabgeordnete Sollmann setzte sich auf diesem „Toleranzparteitag“ für eine grundsätzliche Öffnung der SPD gegenüber den religiösen Bekenntnissen ein.¹⁰⁷ Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion Breitscheid, ein geborener Kölner, warnte davor, „eine wilde Agitation gegen das Konkordat“ zu entfesseln: „Es gibt nämlich Genossen, die, wenn sie das Wort Konkordat hören, meinen, das müsse unter allen Umständen etwas ganz Furchtbares sein, denn es ist ein Fremdwort, hinter dem sich alle möglichen Gemeinheiten verstecken können.“¹⁰⁸

Braun erinnerte die Delegierten an das neue Verhältnis zwischen Kirche und Staat, das die Weimarer Verfassung geschaffen habe. Das Konkordat sei „für die Politik Preußens, für die Koalitionspolitik und für die Gesamtpolitik von tiefgehender Bedeutung“.¹⁰⁹ Es gelang Braun, durch seinen markanten Auftritt in Magdeburg, sämtliche Anträge gegen das Konkordat abzuwehren.¹¹⁰

Bei der Beratung im Landtag kritisierte der evangelische Pfarrer und Präses der Westfälischen Provinzialsynode Karl Koch für die DNVP, dass das Konkordat die katholische Kirche gegenüber der evangelischen in Preußen begünstige.¹¹¹ Das vorherrschende Motiv der DNVP für ihre Ablehnung des Konkordats aber sei ihr

105 Vgl. Vertrag des Freistaats Preußen mit dem Heiligen Stuhle nebst Schlußprotokoll vom 14. Juni 1929. In: Preußische Gesetzsammlung. Berlin 1929, S. 152ff.

106 Vgl. Kurt Nowak: Geschichte des Christentums in Deutschland. Religion, Politik und Gesellschaft vom Ende der Aufklärung bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. München 1995, S. 219-222 („Blüte des Katholizismus“).

107 Vgl. Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag Magdeburg 1929 vom 26. bis 31. Mai in der Stadthalle. Berlin 1929, S. 75-77.

108 Ebd., S. 159.

109 Vgl. ebd., S. 182-185; hier: S. 185; Schulze (Anm. 71), S. 555.

110 Vgl. ebd., S. 555.

111 Vgl. Sitzungsberichte des Preußischen Landtags. 3. Wahlperiode (5.7.1929), Sp. 7633-7639.

grundsätzliches Misstrauen gegenüber der preußischen Regierung. Leider habe die Koalitionspolitik des Zentrums in den letzten zehn Jahren seit der Revolution „die religionsfeindliche Sozialdemokratie erst regierungsfähig gemacht“.¹¹²

Der Paderborner Dompropst Linneborn wies als Sprecher des Zentrums auf die historisch völlig unterschiedliche Entwicklung der katholischen und der evangelischen Kirchen in Preußen hin. Dies rechtfertige die gesonderte Regelung der Beziehungen zwischen Staat und katholischer Kirche.¹¹³ Erst die Weimarer Verfassung habe eine grundlegende Änderung gebracht, durch die der Katholizismus neue Freiheiten gewonnen habe. Durch das Konkordat habe der Apostolische Stuhl den preußischen Staat anerkannt, „so wie er besteht in seiner republikanischen, in seiner demokratischen Verfassung“.¹¹⁴

Der rheinische Zentrumsabgeordnete Lauscher sprach seinen Respekt vor dem Koalitionspartner aus: Die Sozialdemokratie habe „den Beweis erbracht, dass sie trotz größter weltanschaulicher Unterschiede ein Maß von Rücksichtnahme auf anders Denkende aufbringen kann, das ich auch Ihnen [an die DNVP und DVP gewandt] herzlich gern nachrühmte.“¹¹⁵ Man werde die preußische Koalition nicht von ihren Gegnern sprengen lassen: „Meine Herren, Sie werden vergeblich versuchen, die Parteien [zu trennen], die den Staat von Weimar bejahen, den Staat, der uns ein Ausmaß von religiöser und kirchlicher Freiheit gebracht hat, wie es der frühere Staat, der sich christlich nannte, nicht getan hat.“¹¹⁶

An der Konkordatsdebatte beteiligten sich auch Sprecher der KPD und der NSDAP. Der 31jährige Kölner KPD-Abgeordnete Willi Kerff, ein Lehrer und Dissident, erklärte: „Wir Kommunisten [...] stehen auf dem Boden des dialektischen Materialismus und bekennen uns, gerade angesichts des Magdeburger Parteitags [der SPD] und seiner Stellung zum Konkordat, zum atheistischen Marxismus. Wir halten fest an den Worten von Karl Marx: Religion ist Opium für das Volk!“¹¹⁷

Der rheinische Abgeordnete Robert Ley als Sprecher der zehnköpfigen Fraktion der NSDAP stellte die Frage, ob mit dem Konkordat „die Sozialdemokratie das Zentrum, oder ob das Zentrum die Sozialdemokratie über das Ohr hauen will“. Die eigentliche Triebfeder dieser Politik seien „ja nicht die Arbeiter in der Sozialdemokratischen Partei“, sondern die christentumsfeindlichen Elemente“ innerhalb der SPD und deren „Genossen: die Juden.“¹¹⁸

Am 9. Juli 1929 wurde das Konkordat vom preußischen Landtag mit 243 gegen 171 Stimmen angenommen. In den Debattenbeiträgen der Kommunisten und Nationalsozialisten wurde bereits eine verstärkte Ideologisierung der politischen Sprache sichtbar, die die Kultur der politischen Debatte in den deutschen Parlamenten zu verändern begann.

112 Ebd., Sp. 7638.

113 Vgl. ebd., Sp.7639-7651.

114 Ebd., Sp. 7645.

115 Ebd., Sp. 7716.

116 Ebd., Sp. 7716.

117 Ebd., Sp. 7661.

118 Ebd., Sp. 7708.

ZEHN JAHRE REPUBLIK: KONTROVERSE IM REICHSTAG ZWISCHEN SEVERING UND GOEBBELS ÜBER DEN VERFASSUNGSTAG 1929

Bei den Maiwahlen 1928 waren für die NSDAP Robert Ley in den preußischen Landtag und Joseph Goebbels, der aus dem niederrheinischen Rheydt stammte, in den Reichstag gewählt worden. In beiden Parlamenten waren die Nationalsozialisten nur eine Splitterpartei, aber ihre Vertreter verstanden es, ebenso wie die der KPD, eine neue verletzende Schärfe und einen rüden politischen Ton in die Debatten einzubringen.

In der Reichstagsdebatte im Juli 1928 über die Einführung des 11. August, den Tag der Unterzeichnung der Weimarer Verfassung, als Nationalfeiertag¹¹⁹ standen sich erstmals der 53jährige westfälische Sozialdemokrat Severing als Reichsinnenminister und der 30jährige rheinische Nationalsozialist Goebbels im Reichstag gegenüber.¹²⁰ Severing hatte den Nationalfeiertag damit begründet, dass er die Nation über die Trennung durch die politischen Parteien und sozialen Schichten hinweg verbinden solle.

Goebbels nutzte die Debatte zu einem Angriff auf die parlamentarische Demokratie: „Meine Damen und Herren! Wenn man zum ersten Male als parlamentarischer Neuling diesen demokratischen Schwindel hier mitmacht, dann kann es einem allerdings grün und blau vor den Augen werden.“¹²¹ Goebbels hielt Severing vor, im Ruhrkampf 1923 versagt zu haben, weil er den militanten Widerstand gegen die französische Besetzung bekämpft und dadurch die Nation verraten habe: „Denn dieser Herr Innenminister Severing, der heute so warm den Nationalfeiertag befürwortete, ist derselbe Mann, der als preußischer Minister während des Ruhrkampfes die Aktivität jenes Kampfes sabotiert hat. Er ist derselbe Mann, dessen Name vor der deutschen Öffentlichkeit, ja vor der deutschen Geschichte ewig peinlich mit dem Namen [des von den Franzosen hingerichteten] Albert Leo Schlageters verbunden sein wird.“¹²² Unter stürmischen Protestrufen erinnerte Goebbels daran, dass Hugo Preuß, der Verfasser des Entwurfs der Weimarer Verfassung, Jude gewesen sei. Die Sozialdemokratie habe überhaupt kein Recht, von einem Nationalfeiertag zu sprechen: Eine Partei, die alles Nationale mit Füßen zertreten habe und seit jeher gegen den Nationalismus zu Felde gezogen sei, habe „nicht das Recht, vom Nationalismus zu reden.“¹²³ Voll bissiger Ironie schlug Goebbels vor, statt des 11. den 29. August zum Nationalfeiertag zu erklären: „Am 29. August 1924 wurden in diesem Haus die Dawes-Gesetze angenommen, und die Dawes-Gesetze bilden die eigentliche Verfassung des deutschen Volkes.“¹²⁴

119 Vgl. Klaus-Dieter Weber: Verfassungsfeiern in der Weimarer Republik. In: Gerhard Henke-Bockschatz: Geschichte und historisches Lernen. Kassel 1995, S. 181-209.

120 Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928. Band 423: Stenographische Berichte von der 1. Sitzung am 13. Juni 1928 bis zur 40. Sitzung am 4. Februar 1929. Berlin 1929, S. 124-153 (10.7.1928).

121 Ebd., S. 149.

122 Ebd., S. 150.

123 Ebd.

124 Ebd., S. 150.

VOLKSBEGEHREN GEGEN DEN YOUNG-PLAN, HUGENBERG

Mit der Unterstützung des Volksbegehrens gegen den Young-Plan, der den Dawes-Plan ablösen sollte, erzielten die Nationalsozialisten im Herbst 1929 einen ersten Einbruch in bürgerliche Wählerschichten. Der DNVP-Vorsitzende und Reichstagsabgeordnete aus Ostwestfalen Alfred Hugenberg verbündete sich zu dieser Aktion mit dem Wehrverband des „Stahlhelm“ und den Nationalsozialisten. Auch führende Ruhrindustrielle wie Fritz Thyssen und Albert Vögler schlossen sich der Aktion an.

Der Reichstag lehnte den von dem Volksbegehren eingebrachten Entwurf des „Gesetzes gegen die Versklavung des Deutschen Volkes“ ab, das die Aufhebung der Kriegsschuldfeststellung des Versailler Vertrags vorsah und dem Reichskanzler und dem Außenminister die Zuchthausstrafe wegen Landesverrats für den Fall der Unterzeichnung des Young-Plans androhte. In der Debatte erklärte Severing: „[...] wir haben von vornherein begriffen, daß die Absicht der Herren darauf gerichtet war, mit der Aktion des Volksbegehrens gegen die Demokratie, gegen das ‚System‘, gegen die Weimarer Verfassung anzugehen.“¹²⁵

Der Volksentscheid scheiterte am 22. Dezember. In den fünf rheinisch-westfälischen Wahlkreisen lag der Anteil der Ja-Stimmen nur zwischen 2,3 Prozent in Köln-Aachen und 6,6 Prozent in Westfalen-Nord, dem Wahlkreis Hugenbergs. Der Anteil der Ja-Stimmen war dagegen in anderen Wahlkreisen erheblich höher: in Ostthannover bei 26 Prozent, in Schleswig-Holstein bei 18 Prozent, in Thüringen bei 24 Prozent, in Mecklenburg bei 25,5 Prozent und in Ostpreußen bei 27 Prozent.¹²⁶

Äußerlich konnte es so scheinen, als habe sich die Weimarer Demokratie nach dem Scheitern des Volksentscheids als erstaunlich stabil erwiesen. Aber die rücksichtslose Ideologisierung der politischen Debatte, die die Kampagne für das Volksbegehren betrieben hatte, veränderte die politische Kultur der Republik. Dämme waren eingebrochen. Die Parteienlandschaft auf der Rechten begann sich durchgreifend zu verändern, und die Machtverhältnisse zwischen Reichstag, Reichsregierung und dem Reichspräsidenten Hindenburg verschoben sich. Das war die bleibende Wirkung der Kampagne des Volksbegehrens gegen den Young-Plan,¹²⁷ von der vor allem die Nationalsozialisten profitierten

WAHLEN 1930 – 1933: DER AUFSTIEG DER NSDAP

Der Einbruch in das bisherige Parteiensystem gelang der NSDAP bei der Reichstagswahl im September 1930. Nach dem Bruch der Großen Koalition hatte der von Hindenburg zum Reichskanzler ernannte Brüning, der bisherige Fraktionsvorsitzende des Zentrums, versucht, über eine Präsidialregierung mit Hilfe von Notverordnungen des Reichspräsidenten zu regieren. Als dies scheiterte, ließ Brüning den Reichstag vom

125 Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928. Band 426: Stenographische Berichte von der 99. Sitzung am 30. September 1929 bis zur 134. Sitzung am 28. Februar 1930. Berlin 1930, S. 3330 (30.11.1929).

126 Vgl. Falter/Lindenberger/Schumann (Anm. 89), S. 80.

127 Vgl. Thomas Mergel: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag. Düsseldorf 2002, S. 411-427; Volker R. Berghahn: Das Volksbegehren gegen den Young-Plan und die Ursprünge des Präsidialregimes. In: Dirk Stegmann/Bernd-Jürgen Wendt/Peter-Christian Witt (Hrsg.): Industrielle Gesellschaft und politisches System. Bonn 1979, S. 431-446.

Reichspräsidenten vorzeitig auflösen. Die Folge war fatal. Bei der Wahl am 14. September gewann die NSDAP auf Anhieb 18,3 Prozent und wurde zweitstärkste Partei. Die KPD wurde drittstärkste Partei mit 13,1 Prozent vor dem Zentrum mit 12 Prozent.

Da durch das Erstarken der NSDAP und der KPD im Reichstag keine Mehrheitsbildung für eine Regierung mehr möglich war, kam es zur Fortsetzung der Präsidialregierung Brünnings, jetzt notgedrungen mit der Unterstützung der Politik der Notverordnungen durch die SPD. Die Kandidatur Hitlers bei der 1932 anstehenden Wahl des Reichspräsidenten führte zu weiteren Verschiebungen auf der politischen Bühne. Die Parteien der Weimarer Koalition, SPD, Zentrum und DDP, die 1925 gegen Hindenburg angetreten waren, sahen sich jetzt gezwungen, die Kandidatur Hindenburgs zu unterstützen, um Hitler zu verhindern. Ein Teil der früheren Wählerschaft Hindenburgs von 1925 schwenkte jetzt in das Lager Hitlers über.

Hindenburg konnte die Wahl am 10. April mit 19,3 Millionen Stimmen gewinnen, während Hitler auf 13,4 Millionen kam und Thälmann, der Kandidat der KPD, auf 3,7 Millionen. Für die Nationalsozialisten waren 37 Prozent das beste Ergebnis, das sie bisher in Deutschland erzielt hatten.¹²⁸ Hindenburg hatte durch die Unterstützung der schwarz-roten Wählerschaft bereits im ersten Wahlgang in fünf der sechs rheinisch-westfälischen Wahlkreise Ergebnisse zwischen 52 und 65 Prozent erreicht und sich im zweiten Wahlgang noch verbessert.¹²⁹ In Münster erhielt Hindenburg von 66 261 Stimmen 47 166 (71,18 %) und Hitler 17 094 (25,80 %).

Zwei Wochen nach der Präsidentschaftswahl fanden die Preußenwahlen statt, die für die Parteien der Weimarer Koalition zu einer Katastrophe wurden. Sie verfügten nur noch über 163 der insgesamt 423 Sitze im Landtag. Die NSDAP war sprunghaft von 2,9 Prozent im Jahre 1928 auf 36,2 Prozent angestiegen und mit 162 Mandaten stärkste Fraktion. Da auch im preußischen Landtag keine Mehrheitsbildung mehr möglich war, blieb die bisherige Regierung Braun weiter geschäftsführend im Amt. Brüning, der sich für Hindenburg in dessen Wahlkampf eingesetzt hatte, wurde jetzt vom Reichspräsidenten als Reichskanzler entlassen. Sein Nachfolger als Kanzler, Franz von Papen, entthob mit dem „Preußenschlag“ vom 20. Juli 1932 die amtierende preußische Regierung durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten ihres Amtes und ersetzte sie durch einen Reichskommissar.

Preußen als „Bollwerk der Demokratie“ war gebrochen. Ein halbes Jahr später war Hitler an der Macht. Die staatliche Selbständigkeit Preußens endete mit den beiden Gesetzen zur Gleichschaltung der Länder vom 31. März und 7. April 1933, die aufgrund des Ermächtigungsgesetzes erlassen wurden.¹³⁰ Göring wurde von Hitler zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt. Der „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933 war nur noch eine von Goebbels inszenierte theatralische Preußenschau gewesen, an der Hindenburg gleichsam als historische Symbolfigur mitwirkte.

128 Vgl. Richard J Evans: Das Dritte Reich. Bd. 1: Aufstieg. München 2005, S. 381.

129 Vgl. Falter/Lindenberger/Schumann (Anm. 89), S. 78f.

130 Vgl. Herbert Michaelis/Ernst Schraepler/Günter Scheel (Hrsg.): Ursachen und Folgen. Vom Deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Bd. 9: Das Dritte Reich. Berlin 1964, S. 107-112. Die Liquidierung des politischen Föderalismus wurde am 30. Januar 1934 vollzogen, am 17.3.1934 erfolgte die Zusammenlegung des preußischen Innenministeriums mit dem Reichsinnenministerium (ebd., S. 120-122).

DAS HISTORISCHE POTENTIAL DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

Die Geschichte der beiden preußischen Westprovinzen und vor allem deren Rolle im demokratischen Preußen der Weimarer Republik standen im Mittelpunkt dieser Überlegungen. Sie wurde deswegen so ausführlich dargestellt, um sie in das Geschichtsbewusstsein Nordrhein-Westfalens zurückzuholen. Der Ansatz eines künftigen nordrhein-westfälischen Hauses der Geschichte wäre verfehlt, wenn man die Präsentation der Geschichte auf eine bundesrepublikanische Kurzgeschichte seit 1945/46 reduzieren würde.

Ein „Haus der Geschichte“ für NRW bietet die Chance, die historische Dimension des Landes in Erinnerung zu rufen, von der Heinrich Böll einmal gesagt hat:

„In diesem Bundesland Nordrhein-Westfalen hat Europa die Spuren seines Reichtums und seiner Fülle hinterlassen und die Spuren all seiner Krankheiten; hier sind unzählige Herzogtümer, Bistümer, Städte und Reiche immer wieder auseinander gerissen, immer wieder zusammengeflickt worden, und an den Nahtstellen schmerzt es noch immer. Durch die einheitliche Farbe, die das Bundesland Nordrhein-Westfalen kennzeichnet, schimmert noch das fleckige, vielfältige Gebilde des späteren Mittelalters hindurch, das wie ein Narrenkleid aussah.“¹³¹

Das eigentliche historische Potential des Landes aber liegt in den 396 Städten und Gemeinden. Zu ihnen zählen auch die drei alten Reichsstädte Aachen, Köln und Dortmund. In den Städten spiegelt sich die Geschichte des Landes von deren Anfängen im Mittelalter über die Entstehung der Industriestädte im 19. Jahrhundert bis zu den Umschichtungen durch den Zuzug der Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg und der Migrationsbewegung der letzten Jahrzehnte. Hier kann man gleichsam vor Ort die Kontinuität und die Diskontinuität der Landesgeschichte über die Brüche der politischen Herrschaften und Systeme hinweg verfolgen.¹³² Wenn es dem Haus der Geschichte für Nordrhein-Westfalen gelingt, auch die Geschichte der Städte und Gemeinden in die Präsentation der Landesgeschichte einzubinden, würde ein neues Bild der Geschichte Nordrhein-Westfalens entstehen, das vielen bis heute noch unbekannt ist.

131 Heinrich Böll: Aufsätze – Kritiken – Reden I. München 1969, S. 46.

132 Vgl. Wilhelm Ribhegge: Stadt und Nation in Deutschland vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Die Entstehung der Zivilgesellschaft aus der Tradition der Städte. Münster 2002.